Für die Sache der Arbeiterklasse
Lebenslauf des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML Seite 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 20 vom 26. Mai 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Aufruf des Präsidiums der KPD/ML

Erhöht die Wachsamkeit im revolutionären Kampf!

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG – VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

Unter dieser Losung des ZK fasste die Partei die Klassenkampfbewegungen zum diesjährigen 1.Mai zusammen. Die Parole geht von den derzeitigen Fronten des Kampfes der Massen aus und weist ihnen die grundsätzliche Stossrichtung.

In eindringlichster Weise unterstreicht die jüngste Entwicklung die unbedingte Notwendigkeit der **Vereinigung im revolutionären Klassenkampf** gegen das Kapital und seine Handlanger.

Warum muss diese Stossrichtung so stark betont werden?

Wir erleben zur Zeit, wie der Klassenfeind in unerhörter Form die Ausplünderung der werktätigen Massen durch Lohnraub, Arbeitshetze und Inflation steigert. Aufrichtige Klassenkämpfer, die sich den profitlüsternen Ausbeutern entgegenstellen und sich für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen, werden systematisch verfolgt.



Roter 1.Mai 1973: 1200 demonstrierten in Kiel.

Gegen Kommunisten, die die aggressive, gegen die Völker gerichtete Grossmachtpolitik der westdeutschen Imperialisten und die Kumpanei des Friedensheuchlers Brandt mit Völkermörder Nixon und Breshnew entlarven, die an der Spitze der Kämpfe der Arbeiterklasse stehen, werden regelrechte Kesseltreiben veranstaltet.

Im Herzen des Klassenkampfes, im Ruhrgebiet, ist bereits jegliche Agitation und Propaganda generell verboten. Aber auch im übrigen Bundesgebiet und in Westberlin sollen die Kommunisten mit Polizeigewalt mundtot gemacht werden, wird versucht, sie mit Polizeigewalt zu unterdrücken.

Die Klassenjustiz arbeitet systematisch auf das Verbot der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML hin. Mit dem Prozess gegen den Vorsitzenden, Genossen Ernst Aust und gegen andere Genossen der KPD/ML, die bereits in Haft genommen wurden, sollen nicht nur Führer der Arbeiterklasse mundtot gemacht werden. Die Anklagen laufen unter Paragraph 129 auf Kriminalisierung und Verbot der Partei hinaus.

Die brutale Zusammenknüppelung und Verhaftung hunderter mutiger Kommunisten und Klassenkämpfer zeigt die panische Angst der Bourgeoisie davor, dass die Arbeiterklasse von der revolutionären Gewalt ergriffen wird.

In dieser Situation, wo unter den Massen das Vertrauen in den bürgerlichen Staat schwindet und mehr und mehr als Diktatur der Bourgeoisie erkannt wird, können

Fortsetzung Seite 2

Breshnew-Besuch – KOMMUNISTENJAGD

Rote Fahnen wehen in Bonn! Vor wenigen Wochen noch ein Staatsverbrechen, Anlaß beim Thieu-Besuch zu Polizei- und Justizterror und einer Hetzkampagne in der gesamten bürgerlichen Presse – heute werden rote Fahnen in höchstem 'Staatsinteresse' gehißt.

Zehntausende Anhänger der D'K'P marschieren durch Bonn. Auch diesmal ein Riesenpolizeiaufgebot – aber nicht um auf Demonstranten einzuknüppeln, sondern zu ihrem Schutz. Denn rote Fahnen gehören in diesen Tagen in Bonn dazu. Sie sind die Tarnflagge, unter der Brandt und Breshnew ihre imperialistischen Geschäfte betreiben.

Endlich die ewige Friedenszeit! So rufen in verschiedenen Variationen die bürgerlichen Parteien von CDU bis D'K'P. Friedenszeit? –

Selten hat man so oft den Ruf 'Polizeistaat' gehört, wie in den Tagen vor und während des Besuchs des vielgepriesenen 'Friedensfürsten' aus Moskau. 26 000 Mann Polizei und Bundesgrenzschutz! Allein 3000 Mann Leibgarde, Scharfschützen an den Strassen....

Weder Hände schütteln noch Auto fahren sollte Breshnew, seine Sicherheitsbeamten und ihre Kollegen aus Bonn wollten es so. Vor wem haben sie solche Angst? Vor den Faschisten? Nein, die durften weitgehend ungestört in Bonn und anderen Städten ihre Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen abhalten; kein einziger von diesen offenen Braunen wurde verhaftet.

Der Vater der Werktätigen, der angebliche Nachfolger von Marx und Lenin hat Angst vor den Werktätigen! Er hat Angst vor den Demonstrationen und Fahnen der wahren Nachfolger von Marx, Lenin und Stalin: den Marxisten-Leninisten.

In keinen Betrieb wagte sich dieser saubere 'Kommunist' Breshnew. Als er noch vor hatte, nach Dortmund, der Stadt der Hüttenarbeiter zu kommen, da stand das Gespräch mit Arbeitern nicht auf dem Programm, vielmehr eine Sitzung mit Gewerkschaftsbonzen. Weil er plante, den Westfalenpark zu besuchen, sollte dieser schon einen Tag vorher für die Werktätigen Dortmunds gesperrt werden.

Hier wurde kein Kommunist, kein Freund der Werktätigen empfangen. Hier wurde ein Diktator, das Oberhaupt einer imperialistischen Macht, von seinen Kumpanen willkommen geheissen. Während die angebliche Arbeiterpartei D'K'P in staatserhaltender Weise ihre Fahnen schwenkte (sie hofft auf den gerechten Lohn der Bourgeoisie), sagte ihr ideologischer Ziehvater Breshnew seinen Besuch im Zentrum der deutschen Arbeiterklasse, im Ruhrgebiet, ab.

Es hätte Breshnew's pseudokommunistischem Mäntelchen auch schlecht angestanden, wenn er auf Galadiners mit Dortmunds Grössen palavert hätte, während kurz zuvor tausende Polizisten mit wildem Terror auf der Strasse wüteten – gegen die Werktätigen Dortmunds, gegen die Marxisten-Leninisten: Die KPD/ML, Rote Garde, und die Gruppe 'KPD' mit KSV, sowie die 'Liga gegen den Imperialismus' hatten am 19.5. zur Demonstration aufgerufen.



5 zivile Polizeischläger schleppen einen Demonstranten fort. Ein Vorfall unter hunderten in Dortmund, während des Breshnew-Besuchs.

Mit allen Mitteln sollte verhindert werden, dass Demonstrationen gegen den neuen Zaren im Kreml stattfanden. Am 18.5. überfielen Weyers Polizisten Kundgebungen der Gruppe 'KPD' und des 'Aktionskomitees gegen das Demonstrationsverbot' – 120 Personen wurden verhaftet, darunter auch völlig unbeteiligte Zuschauer. Die Staatsanwaltschaft Dortmund drohte allen mit Verhaftung, die sich an den angekündigten Kundgebungen beteiligen. Aber Kommunisten lassen sich nicht die Strasse verbieten.

Samstag, zwischen 10 und 11 Uhr in Dortmund: Überall, in der Innenstadt und Aussenbezirken, bilden sich kleine Gruppen, Transparente werden entrollt, Parolen gerufen: "Breshnew und Brandt, gegen die Völker Hand in Hand!"; "Nieder mit den neuen Zaren!" usw. Kurze Reden werden gehalten, Flugblätter verteilt.

Fortsetzung Seite 2

Breshnew... Fortsetzung

Das Interesse der Bevölkerung ist gross. Sagt diesmal ein Passant: Geht doch nach drüben!, so antworten oft andere Passanten: Die sind nicht von der D'K'P, die wollen was anderes!

Nicht alle sind mit dem einverstanden, was die KPD/ML will. Aber viele sind empört, dass es verboten ist, für diese Ziele zu demonstrieren, sie in Reden und Flugblättern zu erklären.,

Die Bourgeoisie weiss selbst, dass ihre Hetzkampagne gegen angebliche 'Politrocker', 'Vandalen' (Willy Brandt) usw. in der Arbeiterklasse kaum eingeschlagen hat, im Gegenteil, Interesse und Sympathien gegenüber der Partei und anderen revolutionären Organisationen sind gewachsen. Jetzt soll mehr und mehr der nackte Terror helfen, die Kommunisten von ihrer Klasse zu trennen: In allen Strassen um die Fussgängerzone herum steht Mannschaftswagen an Mannschaftswagen. Spitzel und zivile Greiftrupps werden in Massen eingesetzt. Sie packen einzelne Diskutierende, sie knüppeln sie nieder, jeden, der 'irgendwie' nur verdächtig ist: Der Knüppel der Zivilbullen ist das Signal für den Einsatz der uniformierten Truppen. Wo die Menge nicht sofort auseinandergeht, wird sie niedergeknüppelt. Hundertschaften aus ganz NRW und Westfalen patroullieren durch die Strassen. Bald ist die halbe Fussgängerzone abgesperrt.

Polizeispitzel und zivile Greifer an allen Ecken, sie kontrollieren die Vorübergehenden, verhaften nach Belieben. Wildgewordene Polizeibanditen entscheiden heute darüber, wo noch eingekauft werden darf und wo nicht, wer am heutigen Tag noch nach Hause kommt. Jede Einkaufstasche ist verdächtig, jeder der laut diskutiert, kann weggeschleppt werden, und oft genug blüht dieses Schicksal jenen, die laut 'Nazimethoden!' rufen, wenn eine Horde Bullen auf einen wehrlosen Demonstranten einschlägt.

Gegen Mittag bildet sich eine Demonstration von mehreren tausend Menschen, der bis zum Bahnhof zieht, wo ein brutaler Polizeieinsatz folgt. Am Nachmittag schlägt die Polizei ebenfalls zu, als sich in einem Dortmunder Arbeiterviertel 150 Genossen versammeln. Eine ältere Frau wird von den anstürmenden Bullen niedergetrampelt und muss mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Bevölkerung wird angesichts dieser Entwicklung nicht ruhig bleiben; der Hass auf dieses System wächst. Auch wir Kommunisten müssen aus diesen Ereignissen die richtige Lehre ziehen:

Aktionskritik

Was die Frage unseres kämpferischen Einsatzes betrifft, müssen wir auf Dortmund eine selbstkritische Rückschau halten.

Es ist vorgekommen, dass Genossen einfach von Zivilbullen herausgegriffen wurden und keiner von uns eingriff. Für einen Kommunisten ist es aber die selbstverständlichste Pflicht, einem jeden vom Klassenfeind angegriffenen zu helfen, und das auch durch tatkräftiges Eingreifen. Da hilft oft nur wirkliches Zupacken, da wird ein Sprechchor: 'Freiheit für die politischen Gefangenen' zur abstrakten pazifistischen Leier. Die Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind, das heisst mit der bürgerlichen Staatsgewalt hat sich verschärft, darauf müssen wir in Zukunft gerüstet und vorbereitet sein.

Beispielhaft sind uns in dieser Hinsicht die spanischen Genossen vorangegangen. Sie sind in einem geschlossenen Trupp durch die von Polizei durchsetzten Strassen Dortmunds gestürmt. Als ihnen ein Polizeitrupp das Recht auf die Strasse, die Demonstrationsfreiheit verwehren wollte, haben sie die Alternative ergriffen. Sie haben der Weyerschen Knüppelgarde Widerstand geleistet. Mit Transparenten haben sie die knüppel- und helmbewehrte Polizeitruppe auseinandergetrieben. Sie haben dabei unseres Wissens keinen Mann eingebüsst!
Auch wurde von unseren Genossen bewiesen, dass Genossen vor dem Zugriff der Bullen durch kämpferisches Eingreifen bewahrt werden konnten.

Genossen, den faschistoiden Bürgerkriegsbrigaden gilt es entschlossen gegenüberzutreten. Ein Zurückweichen dort wo der Feind stark ist, ist nur ein taktischer Schritt, um den Feind an einer schwachen Stelle umso entscheidender zu schlagen.

Zurückweichen drückt sich in besonderem Masse in der Taktik der Gruppe 'KPD'/AO aus (siehe auch RM Nr.18), so auch in dieser Aktion. Es begann mit der weiteren Ablehnung der Aktionseinheit mit unserer Partei (unsere Genossen sind dennoch gemeinsam mit AO-Genossen marschiert). Ferner scheint es, dass es den 'KPD'/AO-Führern hauptsächlich um eine 'gute' bürgerliche Presse geht. Z.B. liessen sie die von ihnen angeführte grosse Demonstration auf den Treppen vor dem Bahnhof enden, um sie wehrlos einkesseln zu lassen. Sicher, auf den Treppen gibt es gute Pressefotos, aber eine solche machtvolle und kämpferische Demonstration hätte weitergeführt werden müssen.

Auf die ideologischen Hintergründe des seltsamen Verhaltens der 'KPD'-Führer angesichts des verstärkten Klassenkampfes (ihr Verhältnis zur Legalität, zur bürgerlichen Presse, zur politischen Verfolgung, zur Einheit der Marxisten-Leninisten) werden wir noch genauer eingehen.

Opportunistische Fehler anderer Organisationen entbindet unsere Partei keineswegs der Pflicht, in Zukunft kämpferischer, organisierter und führender voranzuschreiten und im Sinne der Arbeiterklasse und nicht des Nachfolge-SDS die revolutionäre Aktion durchzuführen.

Diese Kritik an den Fehlern anderer Organisationen, entbindet uns nicht der bolschewistischen Selbstkritik.
Genau diese opportunistischen Fehler anderer Organisationen zeigen klar die Pflicht unserer Partei auf: Alle zurückweichlerischen und legalistischen Vorstellungen zu beseitigen, und kämpferischer, organisierter als bisher den Klassenkampf voranzutreiben, muss jetzt unsere Aufgabe sein.

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML ! **ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS !**

Aufruf ... Fortsetzung

ökonomische Kämpfe sehr leicht in politische umschlagen. Die Verrottung des imperialistischen Systems kommt den Massen immer mehr zum Bewusstsein und steigert in ihnen **den Drang zum Sozialismus.**

Es ist kein Zufall, dass die Bourgeoisie gerade jetzt mit Terror gegen die kommunistische Bewegung vorgeht.
Einerseits fürchten die westdeutschen Imperialisten die Entlarvung ihrer Grossmachtpolitik, im Verein mit dem Sozialimperialisten Breshnew gegen die europäischen Völker.

Andererseits sehen sie ihre Versuche gefährdet, den Drang der Massen zum Sozialismus auf ein falsches Geleis zu bringen, und die Arbeiterbewegung auf den Pfad des Opportunismus und auf den Kurs des Revisionismus zu steuern.
Gewaltsam wollen sie verhindern, dass die mit Hilfe der D'K'P verbreitete Illusion vom 'Sozialismus' in der heutigen SU als Lüge entlarvt wird.

Um der revolutionären Bewegung die Spitze abzubrechen, geht die Bourgeoisie mit ihrer historisch bewährten Doppeltaktik vor. Sie benutzt die Methode der Einschüchterung und spekuliert gleichzeitig mit der opportunistischen Entartung der KP.

Ausserdem versucht sie Partei und Klasse voneinander zu trennen. Gerade weil die KPD/ML aus der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den modernen Revisionismus entstanden ist, versucht der Klassenfeind uns als 'Rocker' und 'Chaoten' zu verleumden.
Die D'K'P versucht uns als Sektierer und Faschisten hinzustellen.

Darum rufen wir Kommunisten alle revolutionären Kräfte auf:

Seid in der verschärften Klassenkampfsituation besonders wachsam gegen jegliches Zurückweichlertum, was sich hauptsächlich in Abstrichen von der revolutionären Linie zeigt. Duldet keinerlei Einschränkung der Hegemonie des Proletariats und der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML.
Denn: "Die Aktivität der breiten Massen kann sich weder lange halten noch in der richtigen Richtung entwickeln, noch ein höheres Niveau erreichen, wenn eine starke führende Gruppe fehlt, die diese Aktivität auf geeignete Weise organisiert." (Mao Tse-Tung).

Wir müssen auf die kommenden Klassenschlachten vorbereitet sein. Nur im Kampf Klasse gegen Klasse kann die Arbeiterklasse die Angriffe der Bourgeoisie zurückschlagen und ihre Position im Klassenkampf festigen.

Darum gilt es, auch den gewerkschaftlichen Kampf prinzipienfest zu führen. Die Partei muss in der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung darauf hinarbeiten, dass dieser Kampf auf die revolutionäre Grundlage gestellt wird, die er objektiv hat.

Die Kommunisten in der GO müssen die marxistisch-leninistischen Prinzipien in der Gewerkschaftsfrage beherzigen:

1. Die Gewerkschaften verfehlen ihren Zweck, wenn sie nicht von vorneherein die Grenzen des trade-unionistischen Kampfes aufzeigen und

2. nicht auf das Ziel der Arbeiterbewegung, den Sozialismus hinweisen und

3. die Existenz und die politische Führung der Partei der Arbeiterklasse herausstellen.

Dazu gehört auch, dass die GO die Angriffe des Opportunismus und des modernen Revisionismus im Kampf entlarven und besiegen muss.

Im Kampf gegen Ausschlussterror, Entlassungen und politische Unterdrückung müssen die Kommunisten darauf hinarbeiten, dass die Rote-Hilfe-Organisationen und Solidaritätskomitees zu einer breiten Rote-Hilfe-Massenorganisation der Arbeiterklasse werden. Schon jetzt zeigt sich die absolute Notwendigkeit von Selbstschutzorganisationen im Klassenkampf. Neben ihrer Schutzfunktion bieten sie die Möglichkeit, die Fronten des Klassenkampfes wesentlich zu verbreitern.

"Die politische Arbeit ist der Lebensnerv jeder wirtschaftlichen Tätigkeit. Zu jeder Zeit und bei jeder Arbeit müssen wir der ideologisch-politischen Arbeit erstrangigen Platz einräumen." (Mao Tse-Tung).

Das Eingreifen der Kommunisten in den Klassenkampf darf niemals ein Eingreifen um jeden Preis sein. Es muss planvoll geschehen, mit dem Ziel, die Bewegung auf eine höhere Stufe zu heben. D.h. das Bewusstsein der Massen an die sozialistische Revolution heranzuführen. Die Tageskämpfe müssen verbunden werden mit dem gewaltsamen Kampf gegen das imperialistische System zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Besonders in Zeiten des verschärften Klassenkampfes dringen verstärkt opportunistische Strömungen in die Arbeiterbewegung und die Kommunistische Partei ein. Darum gilt es jetzt für alle Klassenkämpfer, konsequent am Marxismus-Leninismus festzuhalten und in jeder Bewegung den revolutionären Kern hervorzukehren. Es ist falsch zu glauben, die Massen könnten revolutionäre Politik noch nicht verstehen. Wir haben grösstes Vertrauen in die Massen und halten mit unserem grossartigen Führer Mao Tse-Tung daran fest, "dass nur die korrekte Linie und Politik und die ideologisch-politische Arbeit der Partei den revolutionären Enthusiasmus unter den Massen wekken können."

Aus der Presseerklärung der KPD/ML:

Terror kann nicht verhindern....

Dem konsequenten Eintreten der Demonstranten und der Solidarität der Dortmunder Bevölkerung begegnete der Staatsapparat mit brutalstem bürgerkriegsähnlichem Terror:

– Die Polizei knüppelte Demonstranten und Passanten nieder. Polizisten in Zivil mit Gummiknüppel unter dem Jackett mischten sich unter Demonstranten und Bevölkerung. Am Alten Markt z.B. wurde eine ältere Frau überfallen, die meinte: "Das ist ja wie 1933!" Ein Zivil-Polizist hielt ihr den Kopf hoch und andere schlugen ihr mit dem Knüppel voll ins Gesicht, bis sie zusammenbrach. Anschliessend kümmerte sich kein Polizist um sie.
An der Ecke Hansa-/Kampstr. wurde eine ältere Frau von Polizisten rücksichtslos zu Boden gestossen und dann mehrmals ins Gesicht getreten: Ihr Gesicht wurde bis zur Unkenntlichkeit entstellt.

Die Polizei hatte die Order: Festnehmen, was nur festzunehmen ist. Nach Angaben der Gefangenen selbst sind ungefähr 700 Personen festgenommen worden. Davon mindestens 10% Passanten. Gegen mindestens 2 Genossen, Karl Weiland und Uwe Bergmann, wurden inzwischen Haftbefehle erlassen.
Hier einige Beispiele zum Vorgehen der Polizei:
Ein 16-jähriges Mädchen, das einen Polizisten anschrie, weil er einen Jugendlichen zusammengeschlagen hatte, wurde kurzerhand festgenommen.
– Passanten, die nur ein Flugblatt in der Hand hielten, wurden ebenso festgenommen;
– in Huckarde hielt die Polizei sogar eine Strassenbahn an und verhaftete die Hälfte der Insassen.

Die festgenommenen Demonstranten und Passanten wurden ebenso brutal behandelt:
– einem Demonstranten wurde mit dem Pistolenknauf auf den Kopf geschlagen. Einem anderen wurden im Polizeiauto alle Zähne eingeschlagen. Viele wurden geschlagen.
– Einige Polizisten drohten: "Dich mach ich kaputt!" oder "Dich schlag ich tot!" Die Festgenommenen wurden darauf hingewiesen, dass "knüppelhart dazwischengeschossen wird, wenn einer eine falsche Bewegung macht oder abhaut."
– Im Gefängnis konnten die Festgenommenen keinen Rechtsanwalt anrufen;
– Sie wurden erkennungsdienstlich photographiert;
– Kranke und Verletzte bekamen erst nach mehreren Stunden oder überhaupt keinen Arzt;
– Die Festgenommenen bekamen kein Toilettenpapier;
– In der Gewahrsamsanstalt wurden 16 Festgenommene in eine 2-Mann-Zelle gesteckt, im Bunker Sonnenschein 140- 130;
– Im Bunker Sonnenschein war es sehr kalt: Die Temperatur betrug nur 5 Grad Celsius. Die Heizung wurde erst im Laufe des Sonntags angestellt. Für die Nacht waren nicht genügend Decken da, geschweige denn Betten.
– In mehreren Zellen wehrten sich die Festgenommenen: Sie wurden zusammengeknüppelt. Es wurde gehört, wie sich mehrere Beamte über die Insassen einer Zelle, die eine Tür eingetreten und ausgehängt hatten, unterhielten: "Die lassen wir Spalier laufen, mit denen spielen wir Ball."

Doch alle diese Massnahmen konnten die Festgenommenen nicht zum Schweigen bringen. Den Passanten, die willkürlich verhaftet worden waren, wurde der Grund für die Protestaktion erklärt. In allen Zellen fanden Diskussionen statt. Alle Zellen bis auf eine traten in Hungerstreik. Parole: Sofortige Freilassung Rechtsanwalt!

Den ganzen Samstag über wurden bis in die Nacht Parolen gerufen und an die Wände geschrieben:

Breshnew und Brandt, gegen die Völker Hand in Hand!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Kampf dem KPD-Verbot!

Diese Parolen standen auch an allen Zellenwänden. Genossen, die Angst hatten, wurden mitgerissen.

In einer Zelle wurde eine Resolution an das ZK der KPD/ML und an das ZK der 'KPD' verfasst, in der Freiheit für Jürgen Horlemann und Uli Kranzusch, Einstellung des Verfahrens gegen den Vorsitzenden der KPD/ML – Ernst Aust – gefordert wird, und klar festgestellt wird, dass die Aktionen des Samstags ein grosser Erfolg im Kampf gegen den Imperialismus, sowohl gegen den sowjetischen Sozialimperialismus als auch den westdeutschen Imperialismus gewesen sei. Diese Resolution wurde durch Lüftungsschächte und Klopfzeichen an andere Zellen weiterverbreitet und dann von über 200 Festgenommenen einstimmig unter grossem Jubel verabschiedet!

Von 17 Uhr an begannen am Sonntag, den 20.5., die Entlassungen für die männlichen Demonstranten. Die Frauen waren bereits einen Tag vorher freigelassen worden.
Aus Angst vor Protesten wurden die auswärtigen Verhafteten in Busse verfrachtet und schubweise in den umliegenden Städten auf die Strasse gesetzt.

Kontrollen auf dem Ruhrschnellweg und in der Stadt auch am Sonntag. Dabei werden mindestens 2 Autos beschlagnahmt. Zwei Photografen werden verhaftet, die das Polizeiaufgebot am Bunker aufnehmen wollten, mehrere Flugblattverteiler festgenommen. Bis in die Nacht hinein bleibt die Zentrale der 'KPD' von Polizei besetzt.

Doch aller Terror kann nicht verhindern, dass an mehreren Stellen in Dortmund Kundgebungen der Freigelassenen stattfinden.

Im Schatten der roten Fahnen um Breshnew wollte die Bourgeoisie die Marxisten-Leninisten endgültig als Kriminelle von der Bevölkerung isolieren und fertigmachen.
Aber sie haben sich gründlich geirrt. Nicht die KPD/ML und andere revolutionäre Organisationen müssen sich heute vor der Bevölkerung Dortmunds verkriechen. Der 'Vater der Werktätigen', Breshnew, ist es, der sich nicht in die Stadt traut. Der 'freiheitliche Rechtsstaat' ist es, der sich als Terrorapparat entlarvt hat. "Seit vier Wochen weiss ich, dass ich in einem Polizeistaat lebe", sagte ein Dortmunder Arbeiter.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Chemie-Tarifrunde:

Es lohnt sich zu kämpfen !

Allerorts tönt die IG Chemie, was sie doch für eine demokratische Gewerkschaft sei. So würden beispielsweise die Forderungen beim Tarifkampf aufgrund der Befragungen bei den Kollegen und den daraus resultierenden Vorschlägen der Vertrauensleute festgelegt. – Die Befragungen wurden natürlich fast nirgendwo durchgeführt, und wenn Vorschläge von den Vertrauensleuten kamen, dann waren es halt nur Vorschläge, über die sich die IG-Chemie-Führung einfach hinwegsetzte. Begründungen wie: Die V-Leute sind ja gar nicht in der Lage, eine konjunkturpolitische Forderung aufzustellen, die haben ja keine Betriebswirtschaft studiert! werden dann gleich serienmässig geliefert.

Andere Forderungen der Kollegen, die einen breiten Widerhall finden, wie die Forderung nach linearer Lohnerhöhung, werden mit anderen Methoden abgebogen. So wurde im Bezirk Westfalen in aller Stille, um die Weihnachtszeit letzten Jahres, ein Lohnrahmentarifabkommen festgelegt, das unter anderem beinhaltet, dass die Relationen zwischen den einzelnen Lohngruppen gleich bleiben müssen; das heisst übersetzt, dass prozentual gefordert werden muss, und die Spaltung zwischen den hohen und den niederen Tarifgruppen vertieft wird.


BASF-ARBEITER IM STREIK

Um die Forderung der Kollegen nieder zu halten, wurde dann überall die Stimmung verbreitet, der Abschluss der Metaller ist richtungsweisend, 8,5% sind möglich, bei jedem Zehntel mehr bricht die Stabilität zusammen. Der geplanten Durchsetzung des 8,5%-Diktates durch die IG-Chemie-Führung machten dann die Drucker einen Strich durch die Rechnung, die mit 9,9% das alte Lohndiktat durchbrachen. Jetzt wurden die IG-Chemie-Bonzen hektisch. Schnell wurde dann, so im Bezirk Nordrhein, nach dem Schlichter gerufen. Der setzte 9,9% fest und das wurde dann auch richtungsweisend ~~fest~~, und prompt wurde dann auch in Westfalen die 'Einigung' bei 9,9% herbeigeführt. Baden-Württemberg zog dann gleich nach, und auch in Rheinland-Pfalz wollte man noch schnell unter 10% abschliessen.

Doch hier hatte sich die reaktionäre Einheitsfront der Konzernbosse und der Gewerkschaftsbonzen verrechnet. Die Forderung nach einer 15%-igen Lohnerhöhung hatte einen breiten Widerhall gefunden, und konnte nur mit Mühe von der Gewerkschaftsführung (sonstige Forderung 11 bis 15%) auf 12% abgebogen werden. Als dann der Bundesschlichter für Rheinland-Pfalz ebenfalls 9,9% festlegen wollte, da gingen die Kollegen in (wilden) Streik. Voran die Belegschaft von BASF-Ludwigshafen. Alleine in diesem Werk traten tausende Chemiearbeiter in den Streik. Auch die Firma Rhodius, deren Eigentümer der Vorsitzende des Arbeitgeberverbands der chemischen Industrie von Rheinland-Pfalz ist, wurde bestreikt. Von solchen, der Gewerkschaftsführung aus den Händen · geglittenen Aktivitäten beunruhigt, und um eine weitere Ausweitung der Streiks zu verhindern, wurde dann in aller Eile bei 10,8% abgeschlossen.

Die 10,8% haben die Chemiearbeiter von Rheinland-Pfalz durch ihr kämpferisches Auftreten erreicht. Zweifellos immer noch zu wenig, um mit Inflation und Teuerung Schritt zu halten. Aber gleichzeitig ein Signal für all jede, deren Tarifkündigung noch bevorsteht, als auch für jene, denen von Staat und Gewerkschaftsführung im Namen des Kapitals am Anfang dieses Jahres die Lohnräuberei von 8,5% diktiert worden ist.

Es ist das Signal dazu, erneut in den Kampf zu treten, sich auf die eigene Kraft zu verlassen, der Gewerkschaftsführung nicht zu trauen. Den Beweis, dass nur die Kampfkraft der Kollegen in der Lage ist, dem Kapital Zugeständnisse abzuringen, haben die Chemiearbeiter in Rheinland-Pfalz geliefert.

BASF – EXPANSION AUF ARBEITERKNOCHEN

Interessant ist es auch noch zu bemerken, dass ausgerechnet der Chemie-Gigant BASF sich gezwungen sah, so schnell einen Kompromiss zu den Forderungen der Arbeiter zu finden. Das lässt sich unter anderem daraus erklären, dass der Chemie-Kampf BASF in einem denkbar ungünstigen Moment erwischt hat.

BASF ist ein Teil des nach dem Krieg aufgelösten IG-Farben-Trusts, eines der aggressivsten und expansivsten deutschen Monopole. BASF ringt heute wieder um die Weltspitze. Dupont de Neymours, der amerikanische Chemie-Riese, sieht seine bisherige unumstrittene Herrschaftsposition auf dem Chemie-Weltmarkt heute von BASF stark angegriffen. BASF rüstet in diesem Jahr zum Grossangriff. "1973 wollen wir unsere Investitionstätigkeit weiter kräftig ankurbeln", so BASF-Chefmanager Timm.

Um in diesem Konkurrenzkampf der Chemie-Giganten nicht durch Streiks gestört zu werden, waren die BASF-Bosse bereit, ein gewisses taktisches Zugeständnis zu machen.

Allerdings wäre es ein Irrglauben, daraus abzuleiten, dass die Expansion der Monopole der Arbeiterklasse nützen würde. Die Expansion beruht auf den aus der Arbeitskraft der Werktätigen herausgewirtschafteten Profiten. Expansion der Monopole bedeutet erhöhte Preistreiberei; bedeutet Import der Inflation, wie es sich anhand des US-Dollars zeigt. In jenen Märkten, wo die Positionen des Konkurrenten, wie als Folge der Dollarkrise bei den USA, ins Wanken geraten, kaufen sich die westdeutschen Monopole, wie BASF, dort ein. Das bedeutet dann gleichzeitig jeweils auch den Aufkauf von inflationssüchtigen US-Dollar.



Liebe Genossen!

Hier bei den Triumph-Werken in Nürnberg, in der Montageabteilung, wird seit einigen Wochen immer mehr angetrieben. In 3 Wochen soll jeder Bandarbeiter in der Stunde, statt bisher 4 Maschinen, dann 5 Maschinen montieren. Wenn man sich heute die Hände der Kollegen anschaut, wundert man sich, dass sie überhaupt noch zupacken können. Über und über sind die Hände mit Blasen und Hornhaut übersät. Die Kollegen sind zum Betriebsrat gegangen und haben sich beschwert. Doch der meinte nur: "Ihr bekommt ja auch mehr, da müsst ihr auch mehr arbeiten."

Die meisten Kollegen haben Angst etwas zu unternehmen, weil sie um ihren Arbeitsplatz fürchten. Da sehr viele von ihnen schon relativ alt sind, wissen sie, dass sie in anderen Betrieben kaum Arbeit finden werden. Ausserdem geht ihnen die Betriebsrente flöten. Wie lange sie das schaffen, ist den Kapitalisten wurscht, sie drohen damit, dass ja noch genügend 'Kameltreiber' (Türken) darauf waren, Arbeit zu bekommen.
(gekürzt – RM).

Kriegsgefangener in Rußland 1916-1919

Liebe Genossen!

Schon immer hat mich die masslose Hetzpropaganda der bürgerlichen Presse geärgert, in der über die 'grauenhafte Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Russland' berichtet wurde. Umso mehr freute ich mich, als ich bei einem AP-Trupp einen alten Arbeiter traf, der mich bat: Schreiben Sie in Ihrer Zeitung doch mal, wie ich das wirklich erlebt habe, und wie sehr die anderen Zeitungen lügen. Ich bin zu alt, um selbst zu schreiben, schon fast 90 Jahre, aber ich werde Ihnen alles erzählen.
Und so sah sein Bericht aus:

"Ich kam etwa 1916 in russische Kriegsgefangenschaft. Wir wurden von den zaristischen Truppen ins äusserste Ende Sibiriens gebracht. Es gab nichts zu essen, viele verhunderten schon unterwegs.

Bis zur Revolution 1971 lebten wir in diesem Lager in Sibirien. Von 3000 blieben noch 1000 übrig, die anderen starben – an Unterernährung, an Krankheiten, die nicht behandelt wurden, an Schlägen. Unsere einzige Aufgabe damals war, Massengräber in den gefrorenen Boden zu hauen, in denen wir unsere toten Kameraden beerdigten.

Nach der Revolution wurden uns die Gefängnistore geöffnet. Damals war ich gerade in einem anderen Lager im Ural. Über Nacht hingen plötzlich Anschläge aus: 'Unsere deutschen Genossen sind frei.' Genossen – wirklich, sie sagten 'Towaritsch' zu uns, wie sie sich gegenseitig nannten! 'Bis die Verhandlungen abgeschlossen sind über den gegenseitigen Gefangenenaustausch, könnt ihr in unserem Land leben wie alle anderen Bürger. Entweder ihr wollt im Lager bleiben, dort könnt ihr arbeiten am Bau der neuen Eisenbahnlinie, durch den Ural. Oder ihr geht in die Städte und auf die Dörfer und arbeitet in euren Berufen, die ihr in Deutschland und Österreich gelernt habt. Bezahlt werdet ihr genauso wie die russischen Arbeiter!'

So war es dann auch. Ich zog damals als Schneider durch die Dörfer. Diesen Beruf hatte ich gelernt, und nach dem Krieg gab es viel Arbeit. Ich wurde von den Bauern behandelt wie ein lieber Gast, nicht wie ein Verbrecher. Ich arbeitete für sie – und sie bezahlten mich. Und wenn ich mit der Arbeit fertig war, zog ich in ein anderes Dorf.
So ging es uns Kriegsgefangenen, die wir 'in die Hände der Roten gefallen waren'. Wer aber das Pech hatte, von den Weissen, zaristischen 'befreit' zu werden, dem ging es bedeutend anders: Diese Kriegsgefangenen wurden gezwungen, zusammen mit den Weissen gegen die Rote Armee zu kämpfen. Wer sich weigerte, wurde erschossen...

1919 waren die Verhandlungen abgeschlossen. Ich konnte zurückkehren. Ehrlich: Ich habe in dieser Zeit das russische Volk und die russischen Kommunisten schätzen und lieben gelernt. Wäre in Deutschland nicht meine Familie zurückgeblieben – ich wäre in Russland geblieben, um dort beim Aufbau des Sozialismus zu helfen.

So wurden wir von den russischen Arbeitern und Bauern behandelt. Und die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland? Die wurden erst von den deutschen und dann von den alliierten Truppen gefangengehalten. Viele schufteten noch 1921 in den Bergwerken im Ruhrgebiet und durften nicht nach Hause! ... "

HOESCH: POLITISCHE ENTLASSUNG !

Dortmund, 10.5. (RM). Der Jugendvertrauensmann Rolf S. bei Hoesch wird fristlos entlassen. Betriebsrat Roggenbach gibt seine Unterschrift und seinen Segen.
Der Kollege war 'aufgefallen', weil er auf einer Teilbelegschaftsversammlung einen tödlichen Betriebsunfall als MORD angeprangert hatte. Diese 'Störung des Betriebsfriedens, Beleidigung und Verunglimpfung' wurde dann als unmittelbarer Anlass für die Entlassung genommen.

Aber der eigentliche Entlassungsgrund war das nicht, wie internen Papieren der Ausbildungsleitung zu entnehmen ist. Denn Kollege S. hatte auf der Vollversammlung der Vertrauensleute im letzten Monat den Antrag auf Vorverlegung der Tarifrunde eingebracht, der mit grosser Mehrheit angenommen wurde. Der Grund für die Entlassung liegt einzig und allein darin, dass Kollege S. sich für die Interessen der Hoesch-Arbeiter eingesetzt und in diesem Zusammenhang kein Blatt vor den Mund genommen hat.

Die Kapitalisten wollen jeden Widerstand, der sich im Betrieb regt, brechen, das ist der wahre Entlassungsgrund! Diese politische Entlassung löste überall grosse Empörung aus.

Der Gesamtbetriebsrat sah sich gezwungen, die Unterschrift von Betriebsrat Roggenbach unter die Kündigung nicht zu tilli-

Fortsetzung Seite 4

Brackwede:

Streik bei MANNESMANN !

Bielefeld (RM). Am Donnerstag morgen, 10.5., 10.00 Uhr, wird den Kollegen von Kammerich/Mannesmann die diesjährige Sonderzahlung bekanntgegeben. Während die Kollegen von Mannesmann eine Sonderzahlung von 70% und 30% Urlaubsgeld ausbezahlt bekommen, sollen die Kollegen von MRW-Kammerich (Mannesmannröhrenwerke) nur eine Sonderzahlung in Höhe von 30% und 30% gewährt werden. Das ist für die meisten Kollegen von Kammerich 350 DM weniger.

Diese Spaltung der Sonderzahlung ist Ausdruck der Aufteilung des Gesamtbetriebes in Mannesmann und MRW-Kammerich. Es gibt unterschiedliche Tarife, verschiedene Betriebsräte und die Trennung in Metall und Stahl. Die Spaltung der Arbeiterklasse im Werk Brackwede des Mannesmannkonzern ist perfekt.

Als die Kollegen von Kammerich von dieser Unverschämtheit hörten, schmissen sie spontan die Brocken hin. Drei Tage dauerte der Streik.

Am Montag morgen, 11.00 Uhr, bricht die Streikfront. Während die ausländischen Kollegen weiterstreiken wollen, nimmt die Mehrzahl der deutschen Kollegen die Arbeit wieder auf.

Schon am Wochenende meinten Kollegen von Kammerich zu Genossen der Roten Garde, die in den Werkswohnungen agitierten, dass sie mit ihren Forderungen wohl nicht durchkommen würden. Wichtig war auch, dass nur die 600 Kollegen von Kammerich streikten und nicht auch die Kollegen von Mannesmann.

Die Rote Garde verteilte am Montag morgen ein Flugblatt, in dem am Beispiel des Streiks der Mannesmann-Kollegen in Duisburg-Huckingen die richtige Kampfform aufgezeigt wurde.

Am Freitag abend wurde auf der Hausversammlung des Arbeiterjugendzentrums (siehe RM) eine Solidaritätsadresse an die streikenden Kollegen verabschiedet und 58 DM gespendet.

Fortsetzung von Seite 3

gen. Der Jugendausschuss der Westfalen-Hütte verurteilte in einer Resolution diese politische Entlassung und rief zu einer Protestkundgebung vor der Lehrwerkstatt auf.

Die IG Metall-Jugendgruppe der Westfalenhütte, die DGB-Jugendgruppe Dortmund, verschiedene Jugendvertretungen von Dortmunder Betrieben, der 'Aktionskreis für ein freies Jugendzentrum' und die Rote Hilfe Dortmund erklärten sich mit dem Kollegen voll solidarisch.

Wie bei Kollegen Wischnewski in Bochum rollte sofort eine Unterschriftenaktion an – wie dort versuchten Büttel der Kapitalisten die Unterschriftenlisten zu vernichten.

Sie fürchten die Solidarisierung der Massen mit solchen Vorkämpfern der Arbeiterklasse: wie Kollege Wischnewski in Bochum und Kollege S. bei der Westfalenhütte. Denn sie wissen genau: Wo solche Kollegen auf den Plan treten, da haben die gekauften Arbeiterverräter bald ausgespielt!

MITGLIEDERVERSAMMLUNG FORDERN!

Nürnberg (RM). Am 19.5. sind die Wahlen der ÖTV-Jugend zum Kreisjugendausschuss (KJA). Die Delegierten für diese Wahlen sind vom alten KJA selbst ausgesucht worden. D.h. es fanden keine Mitgliederversammlungen in den Betrieben statt, wo die Delegierten von den Kollegen hätten gewählt werden müssen.

Dies wurde verhindert, weil von Bonzen-hörigen Jugendfunktionären befürchtet wurde, dass vor allem vom städtischen Krankenhaus Genossen der KPD/ML delegiert würden. Im Krankenhaus arbeitet eine Betriebszelle der Partei und eine der Roten Garde, die die Betriebszeitung 'Rote Spritze' herausgibt. Die Genossen sind auch in der ÖTV-Jugendgruppe aktiv. Aus Angst vor ihrer Delegierung durch die Kollegen, verhinderten die örtlichen Bonzen Mitgliederversammlungen.

Die vom KJA ausgesuchten 'Delegierten' sind jedoch Kollegen, die die 'Rote Spritze' befürworten und die verräterische Politik der ÖTV missbilligen. Sie werden deshalb eine Resolution mit Antrag der 'Delegierten'-konferenz vorlegen und auf deren Auflösung hinarbeiten. Dies wird ein schwerer Schlag für die örtlichen Bonzen werden.

In der Resolution heisst es u.a.:

"(Dieser Beschluss des KJA) zeigt die ideologische und politische Verwandtheit verschiedener massgebender Gewerkschaftsfunktionäre mit den Interessen von Staat und Kapital, wenn sie solche Kollegen mundtot zu machen versuchen, die die noch vorhandenen Möglichkeiten innerhalb der Organisation, für die Interessen ihrer Kollegen auszunutzen versuchen."

1. Mai in Bremen

Ein verspäteter, aber sehr aktueller Bericht:

In Bremen hatte der DGB zu einer Demonstration am 1.Mai aufgerufen. Um 10 Uhr sollte es losgehen. Es vergingen 5 Minuten, 10 Minuten ... plötzlich kam ein Kollege und rief "Die DGB-Spitze ist schon losmarschiert!"

Tatsächlich, die Herren 'Interessenvertreter' vom DGB zogen es vor sich klammheimlich aus dem Staube zu machen. Die angekündigte Demonstration für Mitbestimmung wurde abgeblasen. Offizielle Begründung: 'Es könne der Gewerkschaft nicht zugemutet werden, unter roten Fahnen zu demonstrieren.' Verkündet wurde ausserdem, 'die Initiative, die Demonstration abzublasen kam von der Arbeitern."

Doch sehen wir uns die Tatsachen an.

Rund 6000 Kollegen waren dem Aufruf des DGB gefolgt. Bloss – auf den Transparenten, die sie dort entrollten, standen nicht die offiziellen DGB-Parolen, sondern die Parolen der Arbeiter: 'Kampf gegen Preistreiberei und Gebührenerhöhung – vorzeitige Kündigung der Tarifverträge!' – zum Beispiel.

Dieser 'passive Widerstand' war es, der die Bonzen in die Flucht trieb. Womit sie übrigens die Demonstration zwar abgeblasen, aber nicht verhindert hatten. **Die Kollegen zogen mit ihren Transparenten durch die Strassen. Als der Zug den Abschlusskundgebungsplatz erreichte, war die DGB-Kundgebung schon beendet. Aber viele Kollegen blieben noch da und nahmen an einer Kundgebung des KBB teil, sangen mit uns die Internationale.**

Kein Wunder, dass die bürgerliche Presse bis hin zur UZ (siehe auch RM Nr. 18) diesen Demonstrationszug der Kollegen totschweigt. Denn dieser Zug der 6000 war der Beweis des Lebens selbst, dass die Gewerkschaftsopposition nicht ein Wunschtraum in den Köpfen 'ultralinker Sektierer' ist.

Die Genossen der Partei – in Bremen besteht eine noch junge Ortsgruppe – griffen aktiv ein:

Viele Gespräche wurden geführt, 83 Zeitungen der Gewerkschaftsopposition verkauft, ausserdem 30 Rote Morgen und 89 Sondernummern zum 1.Mai 1973.

KJA - Bremen aufgelöst !

Wie berichteten, liess die DGB-Führung in Bremen ihre 1.Mai-Demonstration auflösen, nachdem zu viele rote Fahnen aufgetaucht waren. Zehn Tage später löste der Vorstand des DGB-Kreises Bremen den Kreisjugendausschuss auf, leitete ein Ausschlussverfahren gegen den Junggewerkschafter D.C., Sprecher des KJA, ein.

Begründung der Bonzen: Der KJA sei in letzter Zeit "stets an Seite kommunistischer Sektierer" zu finden.

Weil der DGB-Vorstand Bremen allzu häufig offen an der Seite der Kapitalisten zu finden ist, besteht in Bremen auch eine breite oppositionelle Bewegung in der Gewerkschaft. Haben doch gerade die Klöckner-Arbeiter im September 69 mit das Signal gegeben, ohne und gegen die Streikbrecher im DGB loszumarschieren.

Dass es nicht nur gegen 'kommunistische Unterwanderer' im DGB-Bremen geht, sondern jede oppositionelle Regung ausgeschaltet werden soll, macht auch die jetzige Presseerklärung des DGB-Vorstands deutlich:

"6. Der DGB wird...die Einzelgewerkschaften auffordern, in sofortige Überprüfung des gewerkschaftlichen Verhaltens der Jugendvertreter einzutreten.

7. Der DGB wird darüberhinaus die Einzelgewerkschaften auffordern, in klarer gewerkschaftspolitischer Entscheidung sich vor allem von jenen zu trennen, die für die Verblendung der jungen Gewerkschafter verantwortlich sind."

Weiter heisst es, "dass der DGB die parteipolitisch gesteuerte Unterwanderung der Einheitsgewerkschaft nicht hinnehmen wird". Gleichzeitig stellt DGB-Chef Schmidt freudig fest: "Wir haben zur Kenntnis genommen, dass sich der SPD-Landesvorstand voll mit uns solidarisiert hat."

Eine grössere Säuberungswelle steht bevor; der DGB-Vorstand pfeift dabei auf seine eigene Satzung, auf jede Demokratie. KJA-Sprecher Dirk Cieslak wurde nicht einmal zu den Vorwürfen gehört...

Es ist klar, dass diese Verfolgung kommunistischer und oppositioneller Gewerkschafter in engem Zusammenhang mit politischen Entlassungen aus den Betrieben, mit Berufsverboten im Staatsdienst, mit der Einschränkung des Demonstrationsrechts und der Freiheit der kommunistischen Propaganda, mit der Illegalisierung revolutionärer Organisationen zusammenhängt. Die DGB-Führung versucht ihren Teil beizutragen, die fortschrittliche und revolutionäre Bewegung gegen die Ausbeuterherrschaft zu ersticken.

In dieser Situation, in der der arbeiterfeindliche Charakter des DGB-Apparats offensichtlicher wird, in der Ausschlüsse sich häufen und immer mehr Kollegen sich von dieser kapitalistischen DGB-Führung abwenden, tritt der Zirkel KBB (Kommunistischer Bund Bremen) mit folgender reformistischer Reaktion auf:

" ...von jedem Genossen des KBB wird erwartet, dass er Mitglied einer DGB-Gewerkschaft ist ... **Wir würden begrüssen, wenn die SPD für ihre Mitglieder eine ähnliche Verpflichtung beschlösse, weil das die gemeinsame Kampfkraft aller Arbeiter steigert."** (!)

Das ist Illusionspolitik übelster Art. Das heisst klar, den DGB-Apparat wieder zum Instrument der Arbeiterklasse reformieren zu wollen. Es ist aber erwiesen, dass Mehrheitsbeschlüsse der Gewerkschaftsbasis von der Gewerkschaftsführung einfach ignoriert werden oder mittels der Satzung und Verfahrenstricks abgewürgt werden.

Es gilt deshalb gerade nicht, einfach für den Eintritt in diese Gewerkschaft zu werben, sondern es gilt, die in den DGB-Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen gerade von Illusionen über angebliche Demokratie innerhalb der reformistischen DGB-Gewerkschaften zu befreien. Die Aufgabe eines jeden kommunistischen und revolutionären Gewerkschaftlers kann es heute nur sein, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen den unüberbrückbaren Widerspruch zur Gewerkschaftsführung klar zu machen, die spontane gewerkschaftsoppositionelle Bewegung auf ein bewusst revolutionäres Niveau zu heben. Nur der geschlossene und organisierte Druck von Seiten der Mitgliedermassen der Gewerkschaften, kann die Gewerkschaftsführung dazu zwingen, auf bestimmte Forderungen einzugehen.

Obwohl man wohl ohne irgendwelche Übertreibung sagen kann, dass in den letzten 20 Jahren kein Gewerkschaftsbonze abgesetzt worden ist, und sei er noch so arbeiterfeindlich gewesen, und sei er bei den Kollegen noch so verhasst gewesen – dennoch schreibt der KBB: "Für ihre Absetzung, (der arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsführer) versuchen wir deshalb die Mehrheit der Kollegen zu gewinnen. Damit muss in einer demokratischen Organisation jeder rechnen, der ein Wahlamt inne hat."

Richtig, damit haben die Gewerkschaftsbonzen gerechnet, deshalb haben sie aus dem Gewerkschaftsapparat die Demokratie verbannt, und ihn zu einem bürokratischen Machtinstrument gegenüber den Mitgliedsmassen verwandelt.

Solche Illusionen, die der KBB verbreitet, können einzig und allein dazu dienen, die Arbeiter an die reaktionäre Gewerkschaftsführung zu binden, sie von einer selbständigen Organisierung ihres Kampfes abzuhalten.



Demonstrationszug am 1.Mai in Kassel: Nach dem Streik bei VW gehen viele Kollegen des VW-Werks Baunatal auf die Straße.

ROTE HILFE-Konferenz in Dortmund

Vor einigen Tagen wurde von der ROTEN HILFE DORTMUND eine Konferenz über die in Dortmund anstehenden politischen Prozesse durchgeführt. Die Angeklagten, die Prozesskommission und der Vorstand der Roten Hilfe berieten gemeinsam wie der Kampf zu führen ist: Breite Aufklärung, verbunden mit Spendenaktionen und Mitgliederwerbung für die RH, Vorbereitung der Angeklagten, Rechtsanwälte, der Mitglieder und Sympathisanten der Roten Hilfe für das Auftreten im Gerichtssaal und bei den Prozessen in der Öffentlichkeit usw.

In Dortmund sind bisher sieben Genossen und Kollegen wegen der verschiedensten 'Vergehen' angeklagt. Die Anklagen reichen von Beleidigung bis zu Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung. Aber diese sieben Angeklagten sind nicht die einzigen. Am 1. Mai wurden etwa sechzig Menschen verhaftet. Sie sollen, wie Polizeiminister Weyer angekündigt hat, unnachsichtig "zur Rechenschaft gezogen werden". Am 18. 5., bei einer Kundgebung der 'KPD' und einer geplanten Demonstration des Aktionskommitees gegen das Demonstrationsverbot, wurden insgesamt 120 Demonstranten, Zuschauer und Passanten festgenommen.

Die Flut an Prozessen, die wegen der Aktion der KPD/ML und der 'KPD' anlässlich des Breschnjew-Besuches in Dortmund am 19. 5. auf uns zukommt, ist zur Zeit noch gänzlich unübersehbar. Bereits vor den Aktionen zu Breschnjew hatte Weyer mitgeteilt, dass in der Zwischenzeit gegen 52 Leute Anklageerhebung vorbereitet würde, wegen Mitgliedschaft in kriminellen Vereinigungen, wegen Teilnahme an verbotenen Kundgebungen und Demonstrationen, wegen Landesfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Damit kommen riesige Aufgaben auf die Rote Hilfe zu. Die Konferenz stellte dazu fest: Es kann für uns nur einen Weg der Prozessführung geben: Den Angriff weitertragen, der die Bourgeoisie in Angst und Schrekken versetzt hat, weswegen sie die Genossen vor Gericht zerrt. Unsere Parole heisst: Vorwärts, Genossen, der Kommunismus lässt sich nicht verbieten!

Der Hass der Massen auf die Nazimethoden der Polizei wächst von Tag zu Tag, das konnte man gerade in den letzten vier Wochen in Dortmund beobachten. Dieser Hass zeigt sich nicht nur im empörten Worten. In den letzten Tagen konnte man es in der Dortmunder Innenstadt bald an jeder Strassenecke sehen:

Öfters befreiten Kollegen Verhaftete aus den Fängen der Zivilspitzel. Manch einer von diesen Acht-Groschen-Typen hat in den letzten Tagen in Dortmund seinen Judaslohn mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt bekommen. Bei einer Solidaritätsaktion der Roten Hilfe am Nordmarkt in Dortmund, dem Schauplatz des Notstandsterrors am 1. Mai für die Polizei- und Justizopfer der Maidemonstrationen und des Überfalls auf die Zentrale der 'KPD' und ihre Genossen war die Zustimmung gross.



Kommunistenjagd in Dortmund anläßlich des Breshnew-Besuchs.

Nicht alle gingen so weit wie ein Arbeiter, der uns sagte: "Der Tag, wo wir endlich die Handgranaten zwischen dieses Gesindel schmeissen, ist nicht mehr so weit. Und dann kriegen sie alles heimgezahlt, was sie verbrochen haben, mit Zinsen. Heute ist es für uns gar nicht schön. Aber wie hässlich das für diese Bullenschweine noch wird, das können die sich gar nicht vorstellen." Fast alle Kollegen aber waren sich einig, ob sie die Kommunisten für die Richtigen hielten oder nicht: Die Sache mit dem Verbot, das geht alle an. Und da halten wir alle zu euch. Die Bereitschaft, zu unterstützen, zu helfen, sich in den Kampf einzureihen, ist gross. Jetzt kommt es darauf an, sie zu organisieren. Je mehr sich der Klassenkampf verschärft, umso dringender benötigt die Arbeiterklasse eine starke ROTE HILFE. ROTE HILFE tut Not! Schaffen wir deshalb eine schlagkräftige, einheitliche, zentralisierte ROTE HILFE-Organisation!

Organisieren wir die Solidarität und materielle Unterstützung für die in Not geratenen Klassenkämpfer! Die Arbeiterklasse ist bereit! Es liegt an uns!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

ES LEBE DER FREIHEITSKAMPF
DER VÖLKER VON OMAN UND DHOFAR!

Informationswoche der CISNU

Die CISNU (persische Studentenorganisation) veranstaltete eine weltweite Informationswoche über den Kampf der Völker von Oman und Dhofar am Persischen Golf. Dort hat die revolutionäre Befreiungsarmee, gestützt auf die Arbeiter und armen Bauern, und unterstützt von der VR Jemen und der VR China, bereits weite Teile des Landes befreit.

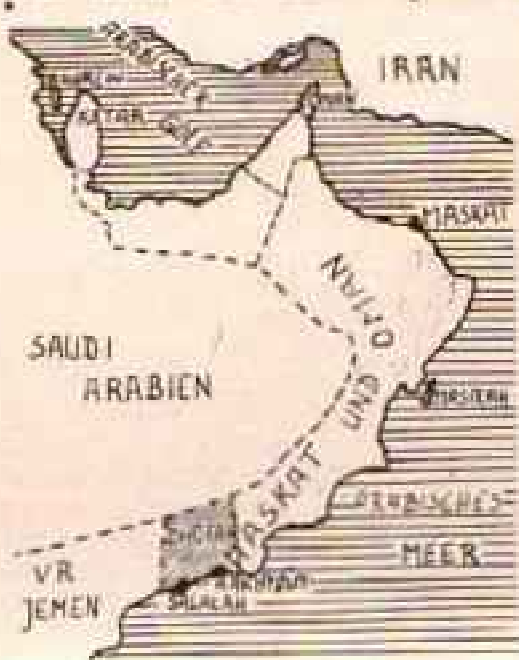
Das Gewehr in der einen Hand, kämpfen sie weiter bis zur endgültigen Befreiung des Landes von den britischen Imperialisten und ihrer Marionette, dem Schah-Regime im Iran. Den Pflug in der anderen Hand, helfen die Befreiungsstreitkräfte dem Volk aktiv beim Aufbau des Landes, bauen Strassen und Schulen, errichten Musterfarmen und Bewässerungsanlagen und versorgen die Bevölkerung medizinisch (in ganz Dhofar gibt es heute noch keinen einzigen ausgebildeten Arzt, so sehr waren die britischen Kolonialisten um das 'Wohl der Bevölkerung' besorgt!).

Über den Freiheitskampf am persischen Golf hat die bürgerliche Presse eine totale Nachrichtensperre verhängt. Die CISNU wollte deshalb in ihrer Aktionswoche über diesen Kampf berichten.

Auch in München fand eine Demonstration zur Unterstützung dieses Kampfes statt. Etwa 800 Menschen zogen durch die Strassen unter den Parolen: 'Schluss mit dem Bombenterror – Sieg im Volkskrieg – Schluss mit der Nachrichtensperre'. Auf einer Veranstaltung zeigte die CISNU einen Film der Befreiungsstreitkräfte, in dem der Kampf geschildert und gezeigt wird, wie die kämpfenden Patrioten den Aufbau des Landes anpacken.

Grussadressen der KPD/ML und ihren Jugendorganisationen, von der Liga, der KPD/AO und der EKKE wurden verlesen. **Wer nicht auf der Seite des kämpfenden Volkes von Dhofar steht, zeigte sich wieder einmal: Die Arbeiterbasisgruppen. Obwohl dieser Spalterzirkel noch vor kurzem grosstönend verkündet hatte, der 'Kampf gegen den Sozialimperialismus ist nun ein fester Bestandteil unserer Programmatik', waren die Opportunisten der 'Arbeiterbasisgruppen' (ABG's) aus dem breiten Bündnis ausgestiegen, weil in den Parolen auch der sowjetische Sozialimperialismus entlarvt wurde, der am Persischen Golf mit den amerikanischen und britischen Imperialisten gegen die Völker zusammenarbeitet.**

Mehr als 500 DM wurden für die medizinische Versorgung der Befreiungsstreitkräfte und der Völker von Oman und Dhofar gesammelt.



Watergate:
Verrottung des Parlamentarismus

Im Zentrum des 'freien Westens', dem Land, das überall auf der Welt als der Hort der reinen Demokratie verkauft wurde, in den USA, genauer im 'Weissen Haus', stinkt es ganz gewaltig. Justizminister, Sicherheitsdienstchefs, Präsidentenberater werden entlassen. Ein Skandal fordert seine Opfer.

Man höre und staune, Präsident Nixon, Sinnbild amerikanischer 'Law-and-Order'-Auffassung, hat sich an einem Einbruch beteiligt. Nun versucht er sich reinzuwaschen, indem er alle seine ehemaligen treuen Kumpane entlässt. Aber je mehr er wäscht, umso mehr Dreck löst sich. Das kann auch nicht anders sein bei Vertretern eines Systems, das bis ins Mark verrottet und mit Schmutz besudelt ist, wie der amerikanische Imperialismus.

Bei einem richtigen amerikanischen Wahlkampf um gutbezahlte Parlaments- und Ministersessel geht es nicht sehr sauber zu. Da pumpen Milliardäre ihre Gelder hinein, um ihren Interessenvertreter zur Macht zu bringen. Da arbeitet eine riesige Werbeindustrie, um den neuen Präsidenten wie ein Waschmittel zu verkaufen. Ein kunterbuntes Volksfest findet statt, mit Konfetti und allem drum und dran.

Und hintenrum wird geschoben, werden Orgien gefeiert, um diesen oder jenen Grosskapitalisten als Unterstützung zu gewinnen. Auch Wild-West darf nicht fehlen, wie bei Watergate. So planen höchste Stellen, vom Präsidenten, über den Justizminister, bis zu den 'Verbrechensbekämpfern' des FBI den Einbruch in das Büro des Wahlkampfgegners, und führen diesen durch. So geschehen in Watergate.

Wenn man sich nun vorstellt, dass im bürgerlichen Parlament angeblich die Interessen des Volkes vertreten werden sollen; wenn man hört, dass die bürgerlichen Politiker bei ihren Reden von der Verantwortung gegenüber dem Volk den Hals nicht voll genug bekommen, so kann man dies mit solchen Enthüllungen wie Watergate nicht in Einklang bringen. Geht man aber davon aus, dass das Parlament Plätze für eine Menge hochbezahlter Schwätzer und Volksbetrüger bietet, dann ist besser erklärlich, warum sich kriminelle und arbeitsscheue Elemente mit den ihnen eigenen Methoden um diese Plätze reissen.

Wer nun aber glaubt, das sei nur in Amerika so, bei uns sei das ganz anders, der sei nur ein bisschen zurückerinnert. Es ist kaum ein Jahr her, dass sich Bundestagsabgeordnete in Bonn von einer Partei für die andere verkauften. Bezahlt wurde mit Aufsichtsratssitzen, Bargeld, und einem sicheren Listenplatz. Oder denken wir an den honorigen Bundestagspräsidenten Gerstenmeier, der sein Ämtchen dazu ausnutzte, sich einen ordentlichen Landbesitz zusammenzuklauen. Oder Strauss und sein Waffengeschäft HS-36. oder...

Im Wesen sind sie alle gleich, unsere feinen Herren Abgeordneten der bürgerlichen Parteien. Der eine wird nur erwischt, weil er's zu offen treibt, geschadet hat es noch keinem, von denen die nach Bonn gekommen sind – sie haben sich alle gesund gestossen. Geschadet hat's nur einem! Nämlich dem, der dem ganzen parlamentarischen Schwindel noch geglaubt und einen bürgerlichen Wahlverein gewählt hat. An ihm hat man sich gesund gestossen.

Je überlebter und wahnwitziger das imperialistische Ausbeutersystem wird, desto offener tritt auch die Verrottung des parlamentarischen Systems zutage. Diese 'Demokratie' der Reichen kann nicht durch Mitbestimmung und durch Eroberung von Parlamentssesseln durch Arbeitervertreter 'demokratisiert' werden, wie es die D'K'P weismachen will. Diese 'Demokratie' der Reichen, samt ihrem Apparat der Volksunterdrückung und des Volksbetrugs, muss gestürzt und zerschlagen werden. Unter der Diktatur des Proletariats, unter der Räteherrschaft, wird es kein Watergate wie in USA und keine Korruption wie in der Sowjetunion und keine Waffenschieber wie in Bonn mehr geben.

Bonner Offensive in Nahost

Scheel startete am 20. Mai die erste Reise eines westdeutschen Aussenministers in die arabischen Länder. Brandt wird keine zwei Wochen später als erster Bundeskanzler den Todfeind der arabischen Völker, den Zionistenstaat Israel, aufsuchen. Beide Besuche stehen auf dem Hintergrund einer neuen imperialistischen Offensive der BRD in Nahost.

Während in USA bereits Rationalisierungen des Öl-Verbrauchs durchgeführt werden, wächst auch in Westdeutschland die Rohstoffknappheit. Erdgasleitungen aus Sibirien können den Mangel an Rohöl nicht decken, vor allem nicht so billiges Öl, das derartige Profite abwirft, wie das arabische: 10 bis 11 Dollar pro Tonne erhalten die arabischen Länder, für 19 bis 23 Dollar pro Tonne wird das gleiche Erdöl auf dem Weltmarkt weiterverkauft. Die westdeutschen Monopole zeigen ihr besonderes Interesse an Nahost aufgrund dieser Extraprofite. Das Eindringen in diesen Markt und seine strategische Absicherung, daran zeigt sich im vorderen Orient der Konkurrenzkampf in besonders plastischer Form.

Nixon hat bereits erklärt, dass sein besonderes Augenmerk (angesichts der Energiekrise in USA und den Interessen der US-Rüstungsindustrie) nun Nahost gelte. Golda Meirs Waffenbeschaffung in Washington in diesem Frühjahr sind dafür ein deutlicher Ausdruck. Gleichzeitig bekräftigten die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Bereitschaft, mit dem Komplizen USA nach dem Vietnamabkommen nun 'Freidensinitiativen' in Nahost anzugehen. Die Verstärkung des Einwandererstroms sowjetischer Juden nach Israel als Kolonisatoren und Soldaten für die besetzten arabischen Gebiete sind auch ein Ausdruck dafür.

SCHEEL's SONDERAUFTRAG

Scheel will seine Reise als Freund Arabiens durchführen. Aber die arabischen Völker sehen, dass die Tatsachen anders aussehen. Nur wenige Tage zuvor verhängte Lybien einen kurzen Boykott gegen imperialistische Abnehmerstaaten, als Warnung vor deren weiteren Unterstützung der israelischen Eroberer.

Scheel mag nun glauben, den schwankenden Zusammenhalt der arabischen Regierungen zu druchbrechen. Er besucht nicht ohne Grund der Reihe nach Jordanien, Libanon und schliesslich Ägypten. Nachdem die arabischen Staaten 1965 aus Protest gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Israel ihre Beziehungen zu Bonn abbrachen, waren es auch diese Staaten, die sie schliesslich im Jahre 1971/72 wieder aufnahmen.

Dass Scheel gerade die blutigen Konterrevolutionäre in Jordanien und Libanon besucht, ist auch kein Zufall. Bonns 'Wirtschaftshilfe' an Jordanien verdoppelte sich, nachdem der Schlächter Hussein sich 1971 an die offene Niedermetzelung der palästinensischen Flüchtlinge und Freiheitskämpfer gemacht hatte.

Ebenso wird Scheels DM-Scheckbuch sehnlichst von den reaktionären der Libanesischen Regierung erwartet, die gegenwärtig besonders bemüht sind, Waffen und Truppen gegen die palästinensischen Freiheitskämpfer einzusetzen, um 'Sicherheitsgarantien' für ausländisches Kapital zu bieten.

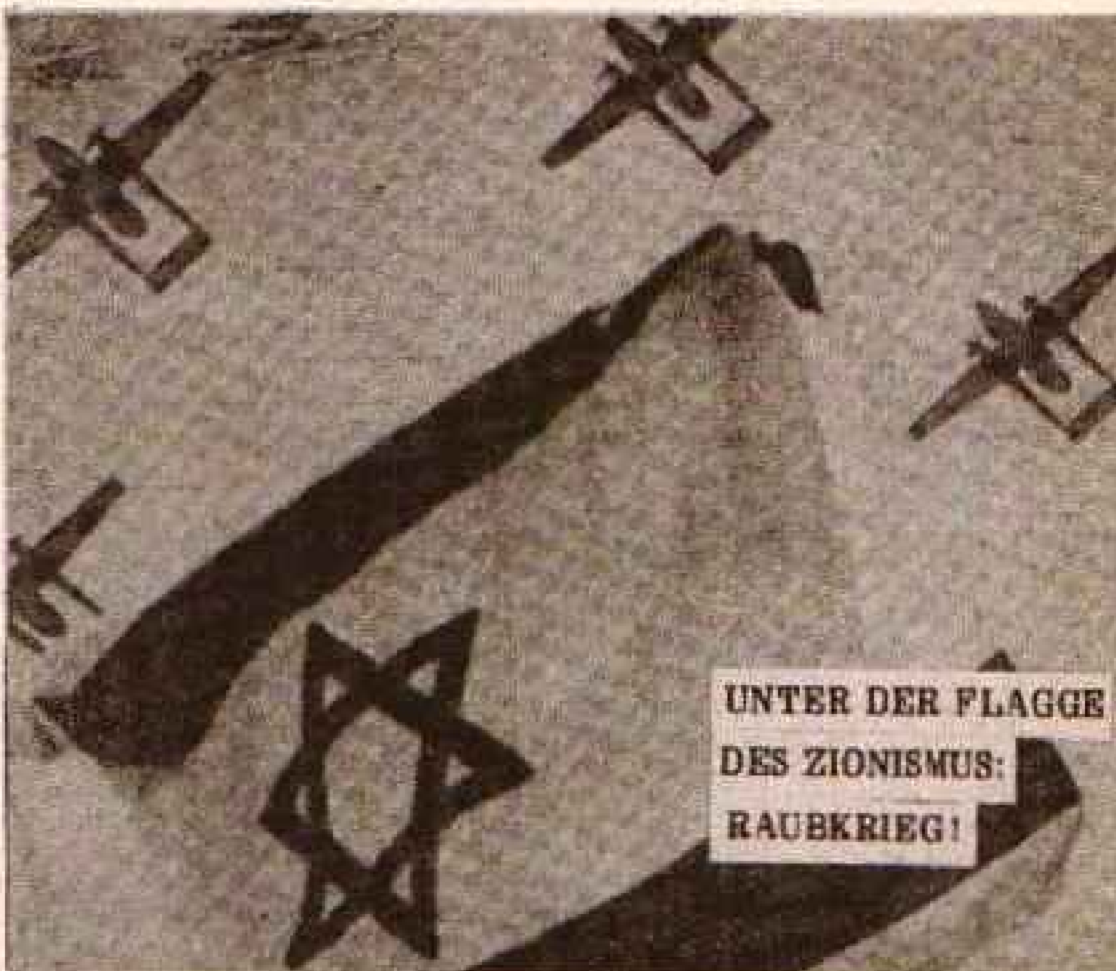
Selbst in Ägypten, wo in der Bevölkerung immer noch grosse Empörung über das Araberprognom in der BRD nach Fürstenfeldbruck herrscht, werden die westdeutschen Imperialisten von der Regierung Sadat empfangen. Die Verschuldung Ägyptens an den westdeutschen Imperialismus wächst ständig, gegenwärtig sind es 7,3 Milliarden.

'VERMITTLER' BRANDT

Welche Rolle nimmt in diesem Zusammenhang Brandts Besuch in Israel ein? - Bislang setzte der westdeutsche Imperialismus auf die Karte der zionistischen Eroberer. Seit Gründung des Zionisten-Staates (Brandt reist anlässlich des 25. Jahrestags der Gründung und des 6. Jahrestags des 6-Tage-Krieges!) lieferte Bonn ununterbrochen Waffen, Geld und Propaganda-Unterstützung (s. RM, Nr. 1/73). Die israelischen Zeitungen würdigen heute den Brandt-Besuch mit dem Hinweis auf die besondere Hätschelung Bonns durch die Supermächte und die vorherrschende Rolle Westdeutschlands in Europa. Die israelische Morgenzeitung 'Haarez' spricht offen von einer möglichen Vermittler-Rolle Brandts bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen Jerusalem und Moskau. (FR 6. 4.)

Was Bonns bedeutende Rolle in der 'Europäischen Gemeinschaft der Monopole' angeht, so sieht der Zionismus auch hier weiteren Vorteil. Während Frankreich, Grossbritannien und Italien mehr auf die arabische Karte setzen, macht Bonn in der 'EG' seinen Einfluss zugunsten Israels breit. (s. RM, Nr. 24/72) Die Assoziierung Israels an die 'EG' ist ein erstes Ergebnis.

Die Nahostinitiativen Bonns bedienen sich der Taktik der Spaltung der arabischen Länder, des Betrugs gegenüber den Völkern bei weiterer Unterstützung der zionistischen Aggressoren. Bonns Politik segelt auch in Nahost im Windschatten der Supermächte USA und SU.


UNTER DER FLAGGE DES ZIONISMUS: RAUBKRIEG!

SPANNUNGEN DAMASKUS-MOSKAU

Die syrische Regierung hat sich offen dagegen gewandt, dass tausende von Sowjet-Juden in Kibbuzim angesiedelt werden, die nach dem 6-Tage-Krieg auf den Golanhöhen gegründet wurden. Die Golanhöhen sind geraubtes syrisches Gebiet.

ISRAEL SENDET PROVOKATEURE

In Mailand warf ein angeblicher Anarchist, Gianfranco Bertoli, eine Bombe in eine Menschenmenge und richtete ein Blutbad an. Wie sich jetzt herausstellte, war dieser Bertoli ein zionistischer Agent. Er war als Freiwilliger nach Israel gekommen, hatte in einem Kibbuz Kolonisatorenarbeit geleistet. Am 8. Mai verliess er den Hafen Haifa in Richtung Mailand. Tage später warf er die Bombe. - Dieser Fall ist nicht der erste, bei dem israelische Agenten in Europa Morde im Auftrag der Reaktion verübten!

Radio Tirana zum Breshnew-Besuch in Bonn

Aus dem Kommentar in der deutschsprachigen Sendung vom 19.4.: "Vorspiel zu neuen europafeindlichen Komplotten".

Radio Tirana stellt fest, dass der westdeutsche Imperialismus im Rahmen der amerikanisch-sowjetischen Allianz zur Vorherrschaft in Europa strebt. Die beiden Supermächte USA und SU geben den Bonner Ansprüchen dabei auch ihren Segen, sofern sie Westdeutschland auch zur Bedrohung konkurrierender Nachbarstaaten benutzen können. Bei der 'Neuordnung' Europas soll Westdeutschland eine führende Rolle einnehmen, einer 'Neuordnung', bei der Bonn das alte revanchistische Ziel der Einverleibung der DDR weiterverfolgt.

Die Sendung endet mit den Worten:
"Es besteht also eine enge Verbindung zwischen der Kampagne, die in der DBR (Deutsche Bundesrepublik – RM) von den militaristischen Kreisen über die 'Europa-Rolle' Bonns betrieben wird und den Treffen, die das Haupt des westdeutschen Militarismus (gemeint ist Brandt – RM) demnächst mit den Spitzen des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus haben wird. Es ist ein Vorspiel zu neuen europafeindlichen Komplotten, die Washington, Moskau und Bonn zimmern und weiterhin zimmern werden. Deshalb verfolgen die Völker mit Beunruhigung und Wachsamkeit die Festigung dieser aggressiven Allianz, deren gefährliche Symptome mit jedem Tag mehr im politischen Leben Europas auftreten. Die europäischen Völker ziehen daraus auch die nötigen Lehren zur Verstärkung ihres vereinigten und entschlossenen Kampfes gegen die tückischen Komplotte der Imperialisten jeder Schattierung, der amerikanischen, sowjetischen oder westdeutschen Imperialisten, ihres Kampfes zur Erlangung und Wahrung der wahren Sicherheit und des wahren Friedens auf dem Kontinent!"

Hört die revolutionären Sender !

RADIO TIRANA 23.oo - 23.3o 41 und 5o Meter, 215 Meter

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter, 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING
19.oo - 19.3o, 21.oo - 22.oo: immer: 43.7, 42.8 und 28.2 Meter

Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht!

Lebenslauf des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML

Wenn er uns in schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten lässt, so zeigt das nur, dass wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Immer schon hat die herrschende Klasse, haben die Kapitalisten und ihre reformistischen und revisionistischen Handlanger die wahren Marxisten-Leninisten, die echten Revolutionäre, auf schärfste bekämpft, sie verfolgt und verleumdet. So geht es auch heute unserer Partei, der KPD/ML, so geht es ihrem Vorsitzenden, dem Genossen Ernst Aust:

Rund ein halbes Hundert Ermittlungsverfahren während der letzten 20 Jahre. Angefangen vom Verdacht des Hochverrats über Staatsgefährdung bis zum Verstoss gegen das KPD-Verbotsurteil. Eine 236 Seiten umfassende Anklageschrift 1963. Verurteilung. 10 Jahre später: Neue Ermittlungen, neue Verfahren, neue Anklagen. Der Tenor ist der gleiche. Die Bourgeoisie weiss, wen sie bekämpfen muss. Das aber wissen auch ihre Agenten im Lager der Arbeiterklasse, die modernen Revisionisten: 'Verräter', 'Spielball des Verfassungsschutzes'. '700 000 DM von China erhalten' usw. usf. Dort wo man keine Argumente hat, wo man ideologisch nicht kämpfen kann, müssen Lügen und Verleumdungen herhalten. Beschämend ist nur, dass Leute, die sich Marxisten-Leninisten, die sich Kommunisten nennen, heute in das gleiche Horn stossen: 'Watte im Kopf und Schaum vorm Mund', 'Agent des Verfassungsschutzes'. Das hat noch nicht einmal die D'K'P zu sagen gewagt. 'Parteigelder unterschlagen'. 'Wohnt in eigener Villa'. 'Fährt Luxuswagen'. 'Erhält Geld von Albanien.' 'Von Beruf Schauspieler' usw. usf.

Zur Klarstellung: Alles Lüge! Weder erhält die KPD/ML noch ihr Vorsitzender von irgendeiner Seite Geld. Sie finanziert sich aus eigenen Mitteln. 8 Prozent Mitgliedsbeitrag und Spenden von Mitgliedern und Sympathisanten. Ernst Aust wohnt seit 1961 in einer 2-Zimmer-Wohnung, sozialer Wohnungsbau, nachdem er vorher 10 Jahre als Untermieter auf einem Zimmer gewohnt hatte. Er besitzt weder einen Wagen noch ist er anders eingerichtet als jeder Arbeiter auch. Agent des Verfassungsschutzes? Seit wann stellt die Bourgeoisie ihre Agenten vor Gericht? Ihre Lügen und Verleumdungen qualifizieren sie das, was sie sind: Agenten im Lager der Arbeiterklasse. Für die vielen neuen Genossen unserer Partei, der Roten Garde und all ihren Sympathisanten aber kurz der Lebenslauf unseres Vorsitzenden, des Genossen Ernst Aust:

Man schreibt das Jahr 1923. Hunger, Teuerung, Inflation. Da wird am 12.April im Arbeiterstadtteil Eimsbüttel, Eidelstedterweg, Ernst Aust geboren. Sein Kinderwagen kostet 40 000 Mark. Ein halbes Jahr später hätte er schon 4 Billionen Mark gekostet. Ein halbes Jahr später findet der Hamburger Aufstand statt, kämpfen Hamburgs Arbeiter auf den Barrikaden gegen das Kapital, seine Polizei und seine Armee.

Ernst ist letztes von vier Kindern. Sein Vater, ein armer Kleinbauernjunge, muss mit acht Jahren das Haus verlassen und arbeiten. Verdingt sich bei einem Bader, der nebenbei Landwirtschaft betreibt. Im wehrpflichtigen Alter wird er eingezogen. Hier ist er zum erstenmal nicht mehr und nicht weniger unterdrückt als die anderen. Er verpflichtet sich auf 12 Jahre. 1912 Entlassung. Hochbahnangestellter in Hamburg. Weltkrieg. Ende. Wird zum Soldatenrat gewählt. Rückkehr. Wird kleiner Beamter. Bleibt es bis zum Lebensende.

Mutter: Stammt ebenfalls vom Lande. Haushaltsgehilfin. Weissnäherin. Heirat. Verwandtschaft: Onkel Schumacher, links. Grossvater der 'rote Bäcker', Teilnehmer am Matrosenaufstand 1918. Später Bäcker in Hamburg-Altona. Kellerwohnung. Gaslicht. Links bis zum Tod. Proletariat. Halbproletariat. In dieser Umgebung wachst Ernst auf. Kind unter Proletarierkindern. Kindheitserinnerungen: Rote Fahnen, Strassenschlachten, Teddy (Ernst Thälmann), Schalmeienkapellen, Polizei-Überfallkommandos.

1933. Machtübernahme durch die Nazis. Ernst ist 10 Jahre alt. Seine Eltern verziehen nach Ahrensburg, einem Vorort Hamburgs. Sein Vater, Untertan der jeweiligen Regierung, wählt vor 1933 die SPD, jetzt die NSDAP. Ernst kommt auf die Oberschule. Hier erfährt er, was es heisst, armer Leute Kind, Siedlungskind zu sein. Die Kinder der Reichen, der Ortsansässigen werden bevorzugt. Er setzt sich durch. Zur Not auch mit seinen Fäusten. Die ideologische und politische Beeinflussung der Jugend ist vollkommen. An der Schule bestimmen Nazipauker. Presse, Film, Rundfunk, Literatur sind gleichgeschaltet. Jungvolk und Hitlerjugend erfassen alle Bereiche des Jugendlebens, der Jugenderziehung. Die Hitlerjugend wird Staatsjugend, Pflicht-HJ. Die Kommunisten sitzen in den KZs. Bei evtl. Entlassung müssen sie unterschreiben, nichts von den dort herrschenden Zuständen zu erzählen. Es ist äusserst gefährlich geworden, sich antifaschistisch zu äussern. Man spricht nur zu engsten Freunden und Bekannten. Schon gar nicht zu Kindern.

1939. Ernst muss – trotz Schulgeldermässigung – die Schule verlassen. Das Geld reicht nicht. Er will Maurer oder Zimmermann werden. Lehrstellen sind knapp. Die nächste in Bergedorf, 40 km Bahnfahrt. Der Vater entscheidet: Du wirst Bankkaufmann. Erstens kenne ich da jemanden, zweitens erhält ein Banklehrling im ersten Lehrjahr 33, im zweiten 52 und im dritten 84 Mark, da brauchst du kein Taschengeld und kannst noch was abgeben. Ein Maurerlehrling erhält nur 10, 20, 30 Mark. Ernst gibt nach. Während der Lehrzeit erste oppositionelle Regungen. Antiautoritär. Man legt sich mit der HJ an. Lässt sich im Gegensatz zu ihr längere Haare wachsen (nicht so lang wie heute). Spiel amerikanische Platten, Louis Armstrong usw., was verboten ist. Gründet Clubs. Die Nazis machen dem ein Ende. Musterungsbefehl. Da 'nordisch', will man ihn zur Waffen-SS anheuern. Musterung in SS-Kaserne in Hamburg-Langenhorn. Ernst baut vor und meldet sich 1941 zu den Fallschirmjägern. Dadurch erhält er ein halbes Jahr Lehrzeit geschenkt.

Der Krieg wird zum entscheidenden Erlebnis. Nach vierteljähriger Grund- und Sprungausbildung an die Front. Afrika, Italien, Sowjetunion, Frankreich. Trommelfeuer, Tieffliegerangriffe, Nahkampf, sterbende Kameraden: Deutsche, Engländer, Russen, Italiener, Amerikaner. Warum? Oktober 1944 in Holland in britische Gefangenschaft. In den Lagern geben die Nazis den Ton an. Alliierte dulden es. Erste Konflikte. Erste Reaktion auf den Krieg: Pazifist. Doch hier taucht das erstemal die Eigenschaft bei ihm auf, nicht stehen zu bleiben, sondern den Dingen auf den Grund zu gehen. Wo liegen die Ursachen der Kriege? Warum schiessen deutsche, französische, britische Arbeiter, die doch die gleichen Interessen haben, aufeinader? Er kommt in ein Arbeitslager, working camp. Arbeitet ab 1945 als bricklayer (Maurer), painter (Maler) u.a. Hier lernt er den ersten Kommunisten kennen. KJVDler. Kommt aus dem Strafbataillion 999. Man beschliesst Selbststudium. Marx und Engels gibt es in der Lagerbücherei. Lenin, Stalin nicht. Man entfaltet kommunistische Agitation und Propaganda. Ernst nimmt Verbindung zu britischen Kommunisten auf. Der britische Geheimdienst wird aufmerksam. Verhöre. Strafversetzung. In diese Zeit fallen die ersten schriftstellerischen Arbeiten von Ernst. Gedichte, Erzählungen. Mitarbeit an der Lagerzeitung, in der Laienspielgruppe. 1946 Entlassung aus der Gefangenschaft.

Zurückgekehrt tritt er in den 'Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands', einer kommunistischen Massenorganisation ein. Betreut die FdJ kulturell und nimmt an ihren Aktionen teil. Arbeitet als Angestellter und vervollständigt sein Wissen durch Studium von Literatur und Theaterwissenschaft. 1951 holt ihn die Partei – nunmehr als Mitglied der KPD – in die Redaktion der Hamburger Volkszeitung. Bald schreibt er für alle Ressorts: Kultur, Politik, Lokales, Parteileben. Wie jeder Genosse studiert er in seiner Grundeinheit die Geschichte der KPdSU.



1963: Genosse Ernst hält anläßlich des Blinkfüer-Prozesses eine Rede.

1953 übernimmt er im Parteiauftrag die aus der Bewegung zur Befreiung Helgolands entstandene Küstenzeitschrift 'Dat Blinkfüer'. Bald ist er auf allen Seefischmärkten, in allen Fischereihäfen der Nord- und Ostseeküste zu Haus. In Fischerkneipen, auf ihren Kuttern diskutiert Ernst mit den Fischern, die ihre Absatzmärkte im Osten verloren haben und sich in einer Krise befinden, über die Ziele der 'Nationalen Front', der das 'Blinkfüer' unterstellt ist. Bald ist 'Dat Blinkfüer', das damals im DIN A 4 Format monatlich erscheint, in allen Fischereihäfen bekannt. Die Fischer verteilen es in ihren Genossenschaften und hängen es in ihren Anschlagkästen aus.

Ernst arbeitet während dieser Zeit unter der Anleitung eines älteren Genossen, Albert O. aus Lübeck. Ein alter Bolschewik mit grossen Kampferfahrungen. Er vermittelt seine Erfahrungen dem jungen Genossen. So lernt Ernst von ihm: Bevor man ein Problem aufgreift, eine Sache in Angriff nimmt, zu handeln beginnt, es erst von allen Seiten zu beleuchten, um die richtigen Massnahmen treffen zu können. Von ihm lernt er, was es heisst, revolutionäre Geduld zu haben. Von ihm lernt er bolschewistische Standhaftigkeit. Seine Meinung im Rahmen des Demokratischen Zentralismus zu sagen. So wenden sich Albert und er gegen den Beschluss des Parteivorstandes, nach dem Mitglieder der KPD zur Bundestagswahl 1957 aufgefordert werden, der SPD ihre Stimme zu geben, der Partei also, die entscheidend an der Wiedererrichtung des westdeutschen Imperialismus und dem Verbot der KPD mitgewirkt hatte.

Die Engländer haben statt Helgoland den Grossen Knechtsand, eine Sandbank vor der Nordseeküste als Ersatzbombenziel gewählt. Fast täglich fallen hier die Bomben und hindern die Fischer am Auslaufen. Die Partei bemüht sich, hier ähnlich wie bei Helgoland eine Protestbewegung zu entfalten. Da erfährt Ernst, dass während der Bombardierungen auf dem Knechtsand Tausende dort mausernde, flugunfähige Brandgänse sterben. Daran anknüpfend initiiert er eine Massenbewegung, die innerhalb kurzer Zeit durch kooperativen Beitritt von Jugendverbänden wie den Naturfreunden, Tierschutzverbänden u.a. rund 2 1/2 Millionen Mitglieder umfasst und durch die Besetzung des Knechtsandes die Einstellung der Bombardierung erzwingt. Dabei hält er sich persönlich im Hintergrund, sodass es dem Verfassungsschutz trotz aller Bemühungen nicht gelingt dahinterzukommen, wer der Initiator dieser gegen den westdeutschen und britischen Imperialismus gerichteten Bewegung ist.

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 hat zur Folge, dass er, wie in der DDR der Harichgruppe, den offen auftretenden Revisionisten in der KPD grünes Licht gibt. Dieser Gegner ist leicht auszumachen. Er wird von den bolschewistischen Kräften in der KPD bekämpft. Dabei aber übersehen sie, wie auch Ernst, dass die damals noch verschleiert operierenden revisionistischen Kräfte im Parteivorstand, die Partei bereits auf den Kurs des Verräters Chruschtschow bringen. Die Dokumente des XX. Parteitags werden in der Partei infolge des Verbotsprozesses gar nicht oder nur sehr ungenügend diskutiert. Es findet kein ideologischer Kampf statt. Das Verbot selbst zeigt, wie wenig die Partei damals bolschewisiert ist. Wie wenig sie auf den Wechsel von Legalität auf Illegalität vorbereitet, auf die korrekte Verbindung der illegalen mit der legalen Arbeit eingestellt ist. Im Gegensatz zum vorher praktizierten Legalismus verfällt die Partei jetzt in tiefste Illegalität, in eine Illegalität, die so tief ist, dass die Partei praktisch für drei Jahre zu existieren aufhört. Der Parteivorstand und die ersten Sekretäre der Landesverbände setzen sich nach Ostberlin ab. Die Grundeinheiten der Partei lösen sich auf. Dort wo es noch zu Aktionen kommt, erfolgen sie allein auf die Initiative einzelner Genossen an der Basis.

In dieser Situation war es der Genosse Ernst, der darum kämpfte, auch unter illegalen Bedingungen der Partei legale Möglichkeiten der Agitation und Propaganda zu schaffen. Statt der liquidatorischen geforderten Einstellung des 'Blinkfüers' baut er es weiter aus. Zuerst, indem er den Kreis der Angesprochenen von den Fischern auf die Bauern erweitert. Als dann Hamburger Arbeiter zu ihm kommen und sagen: "Hör mal, Bauern, Fischer, schön und gut, aber warum haben wir keine solche Zeitung?", setzt er 1958 eine weitere Veränderung mit dem Ziel der Schaffung einer revolutionären Arbeiterzeitung mit zuerst 14-tägiger Erscheinungsweise im Berliner Format durch. Schon die dritte Ausgabe, die eine Enthüllung über einen Geheimbunker der Regierung in der Eifel enthält, wird beschlagnahmt. Das und die zahlreichen Ermittlungsverfahren, die er erhält, können ihn nicht schrecken. Das 'Blinkfüer' wird zur Wochenzeitung, die in Norddeutschland eine Auflage von 36 000 erreicht und an 600 Kiosken verkauft wird. Das 'Blinkfüer' wurde zum Muster für weitere legale Organe, der Partei in den anderen Bundesländern, die aber nie seine Popularität erreichten.

Worauf beruhte die Popularität vom 'Blinkfüer'? Sie beruhte auf der revolutionären Grundhaltung des Genossen Ernst, seiner Liebe zum Volk, seiner Verbundenheit mit seiner Klasse und den werktätigen Massen sowie seinem proletarischen Hass auf die herrschende Klasse, die Imperialisten, die Monopolherren, die alten Nazis und Militaristen, die im Bonner Staat wieder zu Macht und Ansehen gelangt waren. Sie drückten sich im Inhalt und Stil dieser Arbeiterzeitung aus.

Was das 'Blinkfüer' allerdings nicht war: eine offene, korrekte, marxistisch-leninistische Zeitung. Dafür gab es zwei Gründe: Einmal das bestehende KPD-Verbot, das eine offene Propagierung des Kommunismus unmöglich machte, zum anderen die zunehmende revisionistische Entartung der KPD, die auch im 'Blinkfüer' ihren Ausdruck fand. Dennoch spielte sich auch im 'Blinkfüer' verfolgbar der Kampf zweier Linien ab. Während die Parteiführung auf die Propagierung eines bürgerlich-pazifistischen Friedenskurses drängte, versuchte Ernst immer wieder konkret die Klassenfrage zu stellen und mehr oder minder offen die KPD zu propagieren.

Von den in der internationalen kommunistischen Bewegung seit den Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 sich entwickelnden prinzipiellen Differenzen um die Generallinie, darum, ob z.B. die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus, ob die allgemeine Bedeutung des Weges der Oktoberrevolution anerkannt werden oder nicht, erfahren die KPD-Genossen an der Basis in Westdeutschland nichts. In der illegalen Parteipresse werden die Differenzen verschwiegen. Erst als im Januar 1963, auf dem VI. Parteitag der SED, der Vertreter der chinesischen Bruderpartei unter wüsten Drohungen und Beschimpfungen von den SED-Delegierten niedergeschrien wird, kommt es zu ersten Diskussionen in der KPD. Kaum jemand aber ist sich über die ideologischen Hintergründe der Auseinandersetzungen im Klaren. Hier wirkt sich die seit dem Parteiverbot bewusst betriebene Einstellung der Schulung der Klassikertexte des Marxismus-Leninismus (z.B. der Geschichte der KPdSU) aus. Die Schulung wird nur anhand der Parteimaterialien durchgeführt und eben die sind revisionistisch. So fällt es den Genossen schwer, sich ein eigenes Urteil über die bestehenden Differenzen zu bilden. Hinzu kommen die völlige Liquidierung des Demokratischen Zentralismus und des Prinzips von Kritik und Selbstkritik in der Partei. Sie wird mit den Bedingungen der Illegalität begründet. Die wenigen Genossen, die eine prinzipielle Kritik an der Linie der Partei wagen, werden sofort ausgeschlossen, isoliert und als Agenten des Verfassungsschutzes diffamiert.

Das Jahr 1963 wird für den Genossen Ernst der Ausgangspunkt für seinen Kampf gegen die Entartung der Partei, gegen den modernen Revisionismus. Anfang Juni nimmt er als 'Delegierter' an dem im Harz in der DDR stattfindenden Parteitag der KPD teil. Hier erlebt er die totale Manipulation, das Abwürgen jeder Kritik. Kein Delegierter ist gewählt. Die Diskussionsbeiträge der Genossen müssen samt und sonders wörtlich von der Parteileitung genehmigt werden. Sie werden zum grössten Teil von ZK-Mitgliedern verfasst und den Delegierten als eigener Beitrag zum Vorlesen übergeben.

Im Sommer des Jahres besucht Ernst als Teilnehmer einer Parteidelegation zum ersten Mal die Sowjetunion. Die Eindrücke sind zwiespältig. Einerseits ist er beeindruckt von dem grossartigen industriellen Aufbau, das Kraftwerk in Bratsk, das Röhrenwerk von Tscheljabinsk, die Gastfreundschaft der sowjetischen Werktätigen, andererseits bemerkt er aber auch Dinge, die mit seiner Vorstellung vom Sozialismus nicht übereinstimmen: Der Bettler vor dem Hotel in Irkutsk, der 'freie Markt' in Leningrad, der krasse Unterschied im Lebensstandard der Fabrikdirektoren und der Werktätigen, die offenkundige Korruption und Schieberei. Es ist die Zeit, wo die alten bolschewistischen, aus dem Proletariat stammenden Parteisekretäre abgelöst und durch Technokraten ersetzt werden. Bei einem Empfang im ZK der KPdSU erhalten die Delegationsteilnehmer zuerst einmal durch den 'Genossen' Panomajew eine Lektion über die Bösartigkeit der chinesischen Genossen, bevor er ihnen die Lage in Westdeutschland erklärt. Meinungsaustausch mit einer Bruderpartei? Nein, Befehlsempfang bei Vaterpartei.

Doch diese Eindrücke werden vorerst noch zurückgedrängt durch den Ende 1963 über den Zeitraum eines Vierteljahres stattfindenden Prozesses wegen Verstoss gegen das KPD-Verbot, Staatsgefährdung und -verleumdung. Entgegen der Empfehlung der Prozesskommission der Partei, er solle dem bürgerlichen Gericht gegenüber nicht zu hart auftreten: "Man sei ja eine Arbeiterzeitung, und da könne es schon mal vorkommen, dass man etwas nicht Gesetzesmässiges geschrieben habe", macht er den Prozess zum Tribunal gegen die Bourgeoisie. Mutig verteidigt er vor Gericht seine kommunistische Gesinnung. Die Partei ist gezwungen, dieser Linie zu folgen. Der Prozess erregt weltweite Aufmerksamkeit. Breit ist die Front der Solidarität. In der Presse der Staaten des Warschauer Paktes wird er als Held, als unbeugsamer Friedenskämpfer gefeiert. In Hamburg gehen 5 000 Arbeiter auf die Strasse. Ihr Kampf und die breite Solidarität auch liberaler bürgerlicher Kreise tragen dazu bei, dass von der Anklage neun Zehntel fallengelassen werden und er wegen des Restes eine Gefängnisstrafe von einem Jahr erhält.

Anfang 1965 verbringt Ernst auf Einladung des polnischen Journalistenverbandes seinen Urlaub in Bad Krynitza. Hier ist die revisionistische Entartung schon so krass, dass sich das Leben in diesem Kurort der polnischen Bourgeoisie kaum noch von dem eines x-beliebigen im Westen unterscheidet. Kaum ein Werktätiger, hier sind sie unter sich, die neuen polnischen Herren. Französischer Sekt, 600 Zloty, fast das Monatsgehalt eines polnischen Arbeiters, fliesst in Strömen zu den Klängen auf westlich getrimmter Bands. Von da ab lehnt Ernst jede Einladung zu einem Urlaub nach 'drüben' ab. Im Herbst 1965, kurz vor der Bundestagswahl, erhält Ernst die Aufforderung zum Strafantritt. Bis dahin war es üblich gewesen, dass die Genossen sich zum Strafantritt im Gefängnis meldeten. Ernst sagte, bin ich denn noch zu retten, auch noch Fahrgeld nach Fuhlsbüttel ausgeben! Er schrieb im 'Blinkfüer', wenn sie etwas von ihm wollten, sollten sie ihn gefälligst holen. Der Hamburger Senat setzte die Strafe zur Bewährung aus.

1965 erscheint "Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" in deutscher Sprache. Die Lektüre dieses von den chinesischen Genossen herausgegebenen Werkes gibt ihm den entscheidenden Anstoss für die Entfaltung des aktiven Kampfes gegen den modernen Revisionismus in der Partei. Immer offener nimmt er in persönlichen Gesprächen mit Genossen Partei für die korrekte revolutionäre Linie der Volksrepubliken China und Albanien. Genossen fragen heute manchmal, warum wurde der ideologische Kampf in der KPD nicht schon früher entfaltet, wie z.B. in Belgien und Österreich? Die Hauptursache dafür lag im mangelnden ideologischen Niveau in der Partei verbunden mit den illegalen Bedingungen, der mangelnden Informiertheit der westdeutschen Genossen über die bestehenden Differenzen, der nicht bestehende demokratische Zentralismus. Informationen, die den belgischen, schweizer, französischen Genossen schon früher zugänglich waren, gelangten erst verspätet in die Bundesrepublik und in die Partei.

Die Jahre 1966/67 bringen die Entscheidung. Immer offener wendet sich Ernst jetzt gegen den antimarxistischen, antichinesischen Kurs der Revisionisten in der Partei und im 'Blinkfüer'. Die Auseinandersetzungen entzünden sich zuerst an der Frage, warum die Auflage der Zeitung ständig sinkt. Ernst vertritt die Meinung, dass zunehmend seit 1963 der revolutionäre Stil der Zeitung verlorengegangen, dass sie zu einem pazifistischen Friedensblättchen entartet sei. Er wirft der Hamburger Parteileitung vor, dass sie, um gut dazustehen, den Auflageschwund gegenüber der Zentrale verheimlicht. Er kämpft gegen die revisionistische Entartung, weigert sich, antichinesische Artikel zu schreiben und lehnt die Veröffentlichung solcher im 'Blinkfüer' ab. Als er damit nicht durchkommt, legt er im Sommer 1966 die Chefredaktion der Zeitung nieder und scheidet aus dem 'Blinkfüer' aus. Doch noch ist er Verleger, die Zeitung ist auf seinen Namen geschrieben. Da erscheint im Dezember 1966 eine antichinesische Beilage zum 'Blinkfüer', in der man seinen Namen als Verleger missbraucht. Ernst wirft ihnen den Verlag vor die Füsse. In einem Vertrag, in dem er den Verlag plus minus null an die Partei übergibt, baut diese, wohl in Vorahnung des Kommenden, eine Klausel ein, nach der er sich verpflichten muss, in den nächsten drei Jahren keine ähnliche Zeitung im Verbreitungsgebiet des 'Blinkfüers' herauszugeben. Nun, ähnlich wird die Zeitung bestimmt nicht sein.

Die Partei weiss um die Popularität des Genossen Ernst, sie kennt seine agitatorischen und propagandistischen Fähigkeiten und möchte ihn nicht verlieren. Als er in seiner Parteizelle offen gegen den revisionistischen Kurs der Partei auftritt, isoliert man ihn dort. Aber noch ist er Funktionär der Partei und untersteht direkt der Anleitung durch den Parteivorstand. Im Juni 1967 übernimmt er für einen Genossen, dem ein Prozess bevorsteht, kurzfristig im Parteiauftrag die Leitung der in Hannover erscheinenden Zeitschrift 'Heute'. Hier blockt er offen jeden antichinesischen Artikel ab und agitiert die Genossen. In dieser Zeit sammelt er in der Partei die marxistisch-leninistischen Kräfte. Die Partei unternimmt einen letzten Bestechungsversuch. Um ihn von seiner Basis in Hamburg zu trennen, bietet sie ihm für ein hohes Gehalt die Mitarbeit an der 'Bonner Korrespondenz' an. Er soll sie zusammen mit dem Erzrevisionist und Salemschüler Polikeit herausgeben. Er lehnt ab. Stattdessen erscheint, zuerst illegal, unter seiner Anleitung im Juni 1967 der erste ROTE MORGEN. Die Partei gerät in helle Aufregung. Seine letzten zwei Gehälter als Funktionär der KPD verwendet er für die Anschaffung der Druckmaschine des ROTEN MORGEN und Porto. Im Oktober legt er in einem Brief an den Parteivorstand alle Funktionen nieder und wendet sich kurz darauf in einem Offenen Brief an alle Genossen der Partei und Blinkfüerleser und fordert sie auf, mit dem revisionistischen Kurs der Partei zu brechen.

Genossen aus anderen Organisationen haben Ernst vorgeworfen, dass er im 'Blinkfüer' früher auch revisionistische Artikel geschrieben und zu lange mit der Trennung gewartet habe. Ernst sagte dazu: "Das stimmt. Aber nicht ich bestimmte den Kurs der Partei, sondern das Zentralkomitee, der Parteivorstand, dem ich nicht angehörte. Solange ich Mitglied der KPD war, waren für mich ihre Beschlüsse bindend. Auch wenn ich persönlich anderer Meinung war, hatte ich sie durchzuführen. Erst nachdem ich im innerparteilichen Kampf gegen den modernen Revisionismus erkannte, dass die korrekte marxistisch-leninistische Linie nicht durchzusetzen war, vollzog ich den notwendigen Schritt der Trennung. Das war kein leichter Schritt. Schliesslich wechselt man eine Partei nicht wie sein Hemd, zumal nicht eine, in die man unter der Voraussetzung eingetreten ist, für den Kommunismus, für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu kämpfen. Was ich mir vorzuwerfen habe ist, dass ich über den täglichen Kampf, die tägliche Praxis, nicht ständig mein Wissen in der marxistisch-leninistischen Theorie vervollständigt habe, sodass ich in der Lage gewesen wäre, schon früher den Kampf gegen den revisionistischen Verrat in der Partei zu führen."

Nach seinem Offenen Brief spuckte das 'Blinkfüer' Gift und Galle und schreibt, man habe sich von Ernst Aust trennen müssen, weil er aus der Zeitung ein Blatt der Kulturrevolution habe machen wollen. Das 'Freie Volk', Zentralorgan der KPD, sieht es anders. Zwar wagte man nicht zu behaupten, er sei Agent des Verfassungsschutzes geworden, das hätte ihnen kein Hamburger Genosse, keiner, der Ernst kannte, abgenommen. So begnügte man sich damit zu sagen, er sei zum 'Spielball' des Verfassungsschutzes geworden. Die übliche Masche, aber sie zieht nicht mehr. Die Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten. Die marxistisch-leninistischen Genossen der Bundesrepublik und Westberlins sammeln sich um den ROTEN MORGEN. Sie nehmen Kurs auf die Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei, die das revolutionäre Erbe der alten KPD fortsetzt. Die Gründung dieser, unserer revolutionären Partei, erfolgt am 50. Jahrestag der Gründung der KPD, am 30.12.1968.

Der Genosse Ernst ist bis heute geblieben, was er war: Ein mutiger, absolut unbestechlicher, seiner Klasse treu ergebener Revolutionär. Sofort nachdem er seine Funktion in der KPD niedergelegt hatte, ging er wieder in den Betrieb. Nachdem er kurze Zeit als Drucker und Kraftfahrer gearbeitet hat, arbeitet er in den letzten Jahren als Fräser in einem Chemiebetrieb. Jeder Karrierismus ist ihm fremd. So lehnte er jahrelang seine Freistellung ab, was sich allerdings als Schaden für die Partei erwies. Nach dem ausserordentlichen Parteitag Ende 1971 wählte die Partei ihn zu ihrem Vorsitzenden.

Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht. Wenn heute, 10 Jahre nach seinem letzten Prozess, die Bourgeoisie den Genossen Ernst wieder vor die Schranken der bürgerlichen Klassenjustiz zerrt, so zeigt sie nur, wen sie fürchtet. Nicht die Bachmann, die Reimann, sie sind zu treuen Dienern des bürgerlichen Staates, zu Renegaten, zu Verrätern am Kommunismus geworden. Sie fürchtet die Marxisten-Leninisten, die der Sache des Proletariats treu ergebenen Revolutionäre. Sie ist bereit, sie ihrer neuen Freundschaft mit den Zaren im Kreml zum Opfer zu bringen. Doch der Stein, den sie erhoben haben, wird auf ihre eigenen Füsse fallen.



Genosse Ernst wird von Enver Hoxha, dem Führer des albanischen Volkes, während des Besuchs des VI. Parteitags der Partei der Arbeit Albaniens begrüßt. ('1971).

Der Vatikan

Zentrum der albanienfeindlichen Unterwanderung

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die albanische Zeitung 'Zeri i Popullit' vom 14.4.73 einen Artikel über neue Machenschaften eines der größten und reichsten Imperialisten (190 Milliarden Dollar Vermögen) der Welt: des Vatikan. Hier eine von uns gekürzte Übersetzung:



Pope Paul VI. begrüßt herzlich den Massenmörder Thieu aus Saigon.

''Die finstere und zersetzende Kampagne des Vatikans gegen die Volksrepublik Albanien und das albanische Volk läutet weiterhin aus allen Glocken des heiligen Stuhls. Nicht nur Radio Vatikan speit weiterhin Gift und Galle, sondern auch mehrere Blättchen und Presseorgane des päpstlichen Propagandanetzes stimmen in diesen Chor ein...

Über die Beziehungen und die Zusammenarbeit des Vatikans mit dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nazismus ist viel gesprochen und geschrieben worden.

Allen ist es bekannt, dass sowohl Papst Pius der XII., als auch die römische Kurie, Mussolini und Franco, Hitler und Salazar, die SS und die Quislinge in den Himmel hoben und in Schutz nahmen, dass sie die faschistischen Waffen segneten und Gott für den Sieg des Nazismus baten.

... Als die Faschisten des Duce (Mussolini – RM) Albanien überfielen und in Jugoslawien eindrangen, als die Hitlersoldaten Paris besetzt hatten und London terrorisierten, als sie die Ukraine in Brand steckten und Polen verheerten, als sie Millionen Juden vergasten und die Griechen verhungern liessen – zeigten der Vatikan und seine Prälaten kein einziges Zeichen der Besorgnis und Unruhe.

... Der Vatikan macht gegenwärtig grosse Anstrengungen, um rings um sich sämtliche Fraktionen der geflüchteten faschistischen Verbrecher, die ehemaligen amerikanischen und britischen Agenten u.a. um sich zu scharen. Das einzige Kriterium für ihre Auswahl ist die Feindschaft, die sie immer noch gegen das albanische Volk hegen, sowie die Bereitwilligkeit, dem amerikanischen Schutzherren, dem sie ihre Seele verkauften, bis zuletzt zu dienen.

Auf Rechnung des Vatikans tut dies ein gewisser Dom Zef Croshi, der seine 'Religionskarriere' als ein nach Albanien eingeschmuggelter Umstürzler begann. Dieser sogenannte Chef der albanischen katholischen Mission in den USA, vom Papst gesegnet, arbeitet mit solchen Kriegsverbrechern zusammen, wie mit den ehemaligen Ballisten Rexhep Krasniqi, Pfarrer Rexhepi und anderen, mit denen er seine feindselige Tätigkeit gegen Albanien koordiniert.

Der Vatikan missbraucht religiöse Gefühle, verbirgt sorgfältig seine satanischen Ziele und versucht in letzter Zeit, sein schwarzes Netz auch über die albanischen Emigranten zu werfen, die die Stürme der Vergangenheit in die ganze Welt getrieben haben... Dafür aktivierte der Vatikan seine alten Agenten, die den Balkan und besonders Albanien gut kennen. **Da ist zum Beispiel Kardinal Pigadelli, ehemaliger Seelsorger der italienischen Besatzungsarmee in Albanien. Er ist in der 'Fide-Propaganda' des Balkans eingesetzt. Der Vatikan versucht gegenwärtig in irgendeinem Winkel einen 'geeigneten' Kleriker zu finden, um ihn als Chefdelegierten zu bestimmen, der sich mit den 'seelischen' und 'nichtseelischen' Angelegenheiten der Albaner befassen soll, die in den westlichen Ländern leben.**

...Man sollte im Vatikan nicht vergessen, dass die Archive der Bistümer von Shkodra, Durres, Lezha und Kallmeti in den Händen der Volksmacht sind. Wenn der Vatikan jetzt seine Dokumente über die Haltung der Päpste und hohen Prälaten der Römischen Kirche während des zweiten Weltkrieges veröffentlicht und sich für tote Seelen interessiert, dann können wir das auch tun. **Wir haben zudem eine Menge Schriften aus neuerer Zeit in der Hand, die geheim nach Albanien gelangten und den Stempel des Heiligen Stuhls tragen. Ihre Veröffentlichung würde aufzeigen, dass die teuflischen Arbeiten, mit denen sich der Vatikan nachts beschäftigt, sehr viel breiter und sehr viel tiefer angelegt sind, als die göttlichen Dinge, mit denen er sich tagsüber beschäftigt. Sie würden zeigen, dass er mit Kreuz und Gift unsere Volksmacht sabotieren, unterminieren und stürzen wollte. Der Vatikan wollte Albanien in die alte Zeit der Herrschaft der Grossgrundbesitzer, der Bajraktaren, Priester und Vorbeter zurückversetzen**

Was für Anstrengungen der Vatikan und jeder andere Feind des albanischen Volkes aber auch unternehmen mögen, es wird ihnen nicht gelingen, Albanien von seinem sozialistischen Weg abzubringen. Das neue Albanien, das von unserem Volk mit Blut und Schweiss errichtet wurde, wird sie immer zurückweisen und ihnen stets auf die Hände schlagen, wenn sie es wagen sollten, sich an Albanien zu vergreifen.

****

Beispiel Leipziger Messe

— Alles für den Export!

Die diesjährige Parole hieß: ''Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt''! Und es war auch alle Welt vertreten. Wie sich die Imperialisten der Welt, besonders die sowjetischen und westdeutschen, an die weitere 'Öffnung' der DDR für ihren Profit machten, berichteten wir schon im RM Nr.11/73 (''Daumenschrauben mit dem Grundvertrag'').

Nachträglich einige Eindrücke eines anwesenden Genossen über die Fortschritte der DDR auf dem Weg des Kapitalismus.

Die besten Erfahrungen sammelt man, wenn man schon beim Aufbau der Messestände mit den Kollegen aus der DDR spricht. So richtig anpacken will keiner, es sei denn, man legt ein paar Scheinchen auf den Tisch. Offiziell ist weder Auslegeware noch genügend Schrauben und Werkzeug zur Stelle. Aber wenn man klar zu verstehen gibt, dass man im Intershop schon Kaffee, Zigaretten etc. gekauft hat, dann können die Kollegen zaubern. Sie geben auch offen zu, dass sie etwas mehr Westgeld brauchen, weil noch einige 'Verantwortliche' im Hintergrund etwas davon abhaben wollen.

Getreu den Beschlüssen des VIII. Parteitags der SED wird immer stärker für den Export produziert, aber die Bevölkerung bekommt Waren zweiter Wahl bzw. geht leer aus. Deshalb ist der Intershop oft die einzige Möglichkeit, an bestimmte Waren heranzukommen.

Die Funktionäre haben genug Kontakte und bekommen auch Passierscheine für Westbesucher, auf denen steht, dass der Wagen nicht kontrolliert werden darf, weil es sich um Besuch für DDR-Prominenz handele. Die Prominenz schafft dann über ihre Freunde den Kühlschrank von AEG heran oder die Bügelmaschine von BBC, alles im unkontrollierten Kofferraum des PKW

Oft wird man zur Seite genommen, um Geld schwarz zu tauschen. Wer kann sich schon ein Pfund Kaffee für 40,– DM leisten, das im Intershop 10,– DM West kostet.

Die Funktionäre begründen diese Preise damit, dass 'Luxusartikel' einen Aufschlag bräuchten. Abgesehen davon, dass diese Waren durch die kapitalistische Wirtschaft der DDR zum 'Luxus' für die Arbeiter werden, ist dieser 'Luxus' für die Funktionäre leicht erreichbar. Gerade sie aber schimpfen auf die 'Devisenvergehen'.

Die Firma GENEX aus Kopenhagen z.B. ermöglicht es auch, dass Brüder und Schwestern des Westens für Verwandte des Ostens einkaufen können, vom Tonband bis zum Wartburg. Natürlich erhalten nur solche DDR-Bürger die Besserstellung, deren Verwandte im Westen über das zusätzliche Geld verfügen. Auch dies dient nicht nur der Korrumpierung einzelner 'bessergestellter' Arbeiter, somit der weiteren Spaltung der Arbeiterklasse in der DDR; gleichzeitig erhält die neue Bourgeoisie der DDR die Möglichkeit, rascher an ihren Wartburg (16 000 bis 20 000 DM Ost) zu kommen: Normalerweise jahrelange Lieferfristen, über Genex kann man schon nach 2-6 Monaten die Lieferbestätigung erhalten.

All das rechtfertigen die Funktionäre und Bosse mit der Kapitalisten-Logik: Wer viel schafft, muss entsprechend entlohnt werden. Abgesehen davon, dass dieser 'Lohn' gestern ein Wartburg, heute ein Mustang ist (der beliebteste Bonzen-Sportwagen), dass die Differenz der Einkommen nicht wie im sozialistischen China immer kleiner, sondern grösser wird... – Wer wirklich etwas 'schafft', sieht man auch auf der Messe im Punkte Alkohol. Berufsfahrer haben völliges Alkoholverbot, ein Glas Bier und der Schein ist weg. Ich habe aber genügend Funktionäre gesehen, die von Parteigenossen zum Wagen geschleift wurden.

Und schliesslich gilt genau wie bei uns auch für die kapitalistische DDR und ihre Messe: Die Methode der natürlichen Kostenerhöhung durch deklarierte 'Messegeschenke' und kistenweisen Einkauf für 'Messeverbrauch', um sie dann selbst einzustecken oder an 'Freunde' zu verschenken.

Bielefelder Polizeipraktiken entlarvt:

Absichtliche Falschmeldungen

Wie wir bereits berichteten, wurde das Demonstrationsverbot für revolutionäre Organisationen, die KPD/ML und die Rote Garde, auch in Bielefeld praktiziert. Zwei Autobusse, die zum Roten 1.Mai nach Dortmund fahren wollten, wurden an der Autobahnabfahrt Rheda/Wiedenbrück von Polizei angehalten, die Taschen der Genossen wurden durchwühlt, und der Bus an der Weiterfahrt bis 13 Uhr gehindert.

Als Kampfmassnahme gegen diese zunehmende Einschränkung der demokratischen Rechte fanden am nächsten verkaufsoffenen Samstag in der Bielefelder Innenstadt drei Kurzdemonstrationen statt – trotz Demonstrationsverbot, das die Polizei erlassen hat.

Als Begründung für das Demonstrationsverbot diente der Polizei die Lüge von einem 'Waffenlager', das bei einem 'KPD/ML-Mitglied' während einer Hausdurchsuchung gefunden worden sei. Das KPD/ML-Mitglied habe angeblich auch Flugblätter der 'KPD' verteilt und sei festgenommen worden.

Alle Behauptungen werden vom Betroffenen selbst* in einem Leserbrief an die Lokalpresse als Lügen entlarvt:

Waffensammler

Betr.: Artikel „Polizei befürchtet neue Hausbesetzung; Waffenlager bei KPD/ML-Mitglied entdeckt".

Im speziellen möchte ich auf die Meldung von dem „Waffenlager" und der KPD/ML-Mitgliedschaft eingehen, da diese Polizei-Meldungen nicht der Wahrheit entsprechen.

Da ich die betreffende Person bin, möchte ich die wirkliche Sachlage einmal klar darlegen. Es ist richtig, daß diese Hausdurchsuchung bei mir stattgefunden hat und daß die genannten Waffen sichergestellt worden sind. Damit hört die Richtigkeit aber auch schon auf.

Es ist niemals in meinem Sinn gewesen, jemals die Schußwaffen in die HoT-Besetzung mit einzubeziehen und auch sonst einen Gebrauch von diesen Waffen zu machen. Ich bin leidenschaftlicher Waffensammler, wie andere Leute Münzen- oder Briefmarkensammler, aber kein Polit-Rocker.

Ferner habe ich nicht dieses genannte Flugblatt verteilt, wie in dem Artikel behauptet wird. Ich bin vor allen Dingen auch kein Mitglied der KPD/ML und stehe dieser Partei auch in keiner Weise nahe. Im übrigen bin ich auch nicht festgenommen worden, wie es in Ihrer Zeitung zu lesen ist. Es kann sich darum bei dieser Polizei-Meldung nur um eine absichtliche Falschmeldung handeln, die den Sinn der Volksbeeinflussung beinhaltet.

Wolfgang Hantel
Bad Salzuflen, Am Anger 6

Unbeteiligte Bürger wie Hantel, die immer zahlreicher Opfer der verschärften Polizeistaatspraktiken werden werden sich mehr und mehr fragen: Warum verbreitet die Polizei Falschmeldungen, welche Richtung geht die 'Volksbeeinflussung' der staatlichen Machtorgane? – Sie geht in die Richtung des Abbaus demokratischer Rechte und der zunehmenden Faschisierung, in Richtung der verzweifelten Versuche der Bourgeoisie, die wachsende revolutionäre Arbeiterbewegung zu ersticken.

****

* Wir schrieben im RM Nr.18 fälschlich, dass es diesen Waffensammler nicht gibt. Ebenso sind in den Artikeln des RM zum Kampf um ein Arbeiterjugendzentrum scheinbar einige Fehlinformationen enthalten, die wir überprüfen. Wir werden dazu noch Stellung nehmen – RM-Redaktion.

Bielefelder Jugendliche für ein Arbeiterjugendzentrum



Kontaktadresse: